

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 6285, für die Redaktion Nr. 2877, für den Verlag und die Druckerei Nr. 2826. — Postzeitungssatz 2. Nachtrags. Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 16 bis 30 September 1925. Abnehmer 0,30 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pfennig, auswärtig 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12½ Pfennig, Vereinskalender 30 Pfennig, die dreiegepaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärtig 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Dollar, geteilt durch 4,20). Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nach 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Platzverdriftungen keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg, Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 216.

Magdeburg, Mittwoch den 16. September 1925.

36. Jahrgang

Deutschnationale Eiertänze.

Unerbittlich naht der Tag, an dem die Deutschnationalen zum zweiten Male Farbe bekennen müssen. Den Gedenktag des 29. August hat man in der deutschnationalen Presse aus begreiflichen Gründen mit Stillschweigen übergangen. Viel zu sehr gärt und rumort es in den eigenen Reihen der deutschnationalen Parteiorganisationen, als daß die Oberdemagogen der Parteileitung Reizung hätten, an alte Wunden zu rühren und die Erinnerung an den kläglichen Unfall der Lampe-Reichstagsfraktion neu aufzufrischen. Aber die Konsequenz der Annahme des Dawes-Gutachtens ist der bevorstehende Eintritt in den Völkerbund und die Unterzeichnung des Sicherheitspaktes. Eine Entschließung des Landesverbandes Potsdam 1 zeigt, daß die wichtigsten Organisationen der Deutschnationalen rebellieren. Um so köstlicher wirkt der Eiertanz, den der Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ in einer Wochenübersicht über die innere Politik sich leistet. Wir geben ihm selber das Wort:

Zu den beliebtesten Agitationsmitteln gegen die Deutschnationalen gehört die Behauptung, daß sie, nachdem sie in die Regierung eingetreten sind, sich der Erfüllungspolitik, wie sie von der Weimarer Koalition jahrelang betrieben worden ist, mit Haut und Haaren verschrieben hätten.

Leider hat die Linkspresse mit dieser immer wiederholten Verunglimpfung infolge einigen Erfolge, als auch in dem nationalen Lager selbst Zweifel an der Haltung der Deutschnationalen in den großen außenpolitischen Fragen aufgewacht sind. Es wäre falsch, diese Verstimnungen zu verschweigen, und es hat keinen Zweck, Widersprüche, die sich in den eigenen Reihen auf diesem oder jenem politischen Gebiet ergeben, zu vertuschen, wenn auch die nationale Presse die Pflicht hat, Zerplitterungen in den eigenen Reihen entgegenzuwirken.

Es sollten diejenigen nationalen Kreise, die etwa geglaubt haben, es würde bei einem Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung sofort ein sichtbarer Umschwung eintreten, sich sagen, daß die Entwicklungen der großen Politik nur langsam vor sich gehen und daß infolgedessen auch eine Umkehr von den bisher verfolgten Wegen nur schrittweise möglich ist. Freilich ist es Pflicht der Deutschnationalen, gerade weil ein Umschwung sich nicht von heute auf morgen erzielen läßt, um so zäher an ihren grundsätzlichen Auffassungen festzuhalten.

Damit taucht zugleich die Frage auf, wo das Grundätzliche beginnt und wo das Taktische aufhört. Es ist eine Sache des Charakters, eine Preisgabe des politischen Prinzips zur rechten Zeit zu verhüten, dagegen eine Sache der politischen Geschäftlichkeit, für eine Wendung den richtigen Zeitpunkt auszuwählen.

Die „Geschicklichkeit“ der deutschnationalen Parteileitung hat die ganze Welt mit Staunen am 29. August 1924 kennengelernt, als das in der Geschichte großer Parteien einzig dastehende Schauspiel des kläglichen Auseinanderfallens zum Gespött aller Gegner sich abspielte. Die Deutschnationalen sind sich darüber im klaren, daß sie jetzt eine neue „Geschicklichkeitsprobe“ abzulegen haben und sie werden selber wissen, daß diese Probe für sie noch schwerer zu bestehen ist als die erste, daß die restlose Blamage ihnen noch sicherer ist als vor einem Jahre.

Die „Kreuzzeitung“ behauptet, daß sie mit der Behandlung des Sicherheitsproblems durch das Auswärtige Amt „in vielen Punkten durchaus nicht einverstanden“ sei. Sie ist ärgerlich über die „unsinnigen Völkerbunds- und Vorkriegspropaganda“, sie schimpft auf die Unterredung Briands mit dem Vertreter des „Soz. Pressedienst“ und behauptet, daß die böse Linke dabei „ihr parteipolitisches Schlupfchen kochen und die von ihr so herbeigesehnte Regierungskrise über den Weg der Außenpolitik herbeiführen“ wolle.

Mit Stresemann ist die „Kreuzzeitung“ besonders unzufrieden, wenngleich sie bei der Schilderung ihrer Gefühle erheblich diplomatischer ist als die „Deutsche Zeitung“. Sie fürchtet die bevorstehende große Ministerkonferenz:

Es geht jetzt selbstverständlich nicht mehr an, daß wir mit der Ausrede vertrösten werden, eine solche internationale Unterhaltung sei noch nicht bindend. Wir finden im Gegenteil, daß wir uns schon jetzt viel zu sehr haben einwickeln lassen, und auch wir verlangen jetzt Klarheit. Wenn der „Vorwärts“ dieselbe Forderung an die Deutschnationalen richtet, so geschieht das natürlich nicht etwa aus politischer Einsicht, sondern aus den oben schon skizzierten Gründen, die den Sturz des Kabinetts Luther erstrebten.

Wenn übrigens der „Vorwärts“ in diesem Zusammenhang feststellen zu müssen glaubt, wir hätten im Gegensatz zur „Deutschen Zeitung“ die Resolution des Landesverbandes Potsdam 1

nicht veröffentlicht, so verweisen wir auf unsere heutige Morgenausgabe mit dem Bemerkten, daß wir die genannte Entschließung leider nicht rechtzeitig erhalten haben. Im übrigen aber kann sich der „Vorwärts“ beruhigen. Auch wir sind der Meinung, daß jetzt der Punkt gekommen ist, wo sich die deutsche Regierung entscheiden muß, ob sie sich noch weiter mit einem Projekt beschäftigt will, dessen Aussichtslosigkeit bereits feststeht. Denn wir können nicht glauben, daß sich das Kabinett Luther in einen Sicherheitspakt verstrickt und vorbehaltlos in den Völkerbund hineingehst, wo nicht einmal die geringste Aussicht besteht, daß Deutschland für das große Opfer des endgültigen Verzichts auf deutsches Land auch nur einen praktischen Vorteil davonträgt.

Die nationalen Kreise in Deutschland drängen jetzt mit Recht auf Klarheit. Wir schließen uns ihnen an, und wir verlangen jetzt einen endgültigen Entschluß, gleichgültig, ob sich daraus auch innerpolitische Konsequenzen ergeben. Nach ist es nicht zu spät, die Außenpolitik zu wenden, aber es ist höchste Zeit.

Daß das alles sehr klar ist, wird selbst die „Kreuzzeitung“ nicht behaupten wollen. So pflegt man zu schreiben, wenn man gezwungen ist, irgend etwas zu sagen und wenn man dabei ängstlich jede konkrete Stellungnahme vermeiden will. Immerhin, die Klarheit über die sogenannte „Politik“ der Deutschnationalen wird ja nun wohl bald geschaffen werden und diese Klarheit wird dem deutschnationalen Inflationskonzern den letzten Stoß geben.

Die Eiertänze um den zukünftigen „Pakt mit dem Erbfeind“ herum, die von den Deutschnationalen jetzt schon aufgeführt werden, zeigen, wie klug Stresemann beraten war, als er im Ministerrat durchsetzte, daß der deutschnationale Innenminister Schiele mit an den Verhandlungstisch muß. Da gibt es dann kein Maulspitzen, da muß geblöfien werden. Und der Pakt wird, falls er zustande kommt, auch eine deutschnationale Unterschrift tragen.

Militärische oder wirtschaftliche Sicherungen?

Es ist interessant festzustellen, daß anlässlich des Notenwechsels, der zwischen der deutschen Regierung einerseits sowie dem Völkerbund und Frankreich andererseits über den Eintritt in den Völkerbund sowie über die Sicherheitsfrage stattgefunden hat, zwar das Problem der deutschen Teilnahme an einem Exekutionskrieg des Völkerbundes aufgeworfen, die grundsätzliche Berechtigung militärischer Sanktionsmaßnahmen gegen einen Rechtsbrecher jedoch nicht bestritten worden ist. Daß gegen einen Staat, der einen Angriffskrieg unternimmt, von seiten der Staatengemeinschaft mit Waffengewalt eingeschritten werden muß, ist die in den Kreisen der europäischen Diplomatie heute herrschende Auffassung.

Diese Ansicht von der Berechtigung militärischer Sicherungsmaßnahmen wird jedoch von anderer Seite stark bestritten. Kein geringerer als der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat wiederholt, namentlich auf der letzten Stuttgarter Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, darauf hingewiesen, daß sich der Völkerbund auf die moralische Autorität des Rechtes stützen müsse und daß gegen militärische Maßnahmen die stärksten Bedenken erhoben werden müßten. Auch der Exekutivauschuß der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit hat sich auf seiner letzten Tagung

gegen militärische Sanktionen ausgesprochen.

Er hat der Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß lediglich wirtschaftliche Maßnahmen angebracht seien, und zwar nur solche, durch die nicht wie z. B. bei einer Hungerblockade die gesamte Bevölkerung betroffen würde.

Obwohl gegen das Völkerrecht früher oft der Vorwurf erhoben worden ist, es sei kein eigentliches Recht, weil keine Zwangsgewalt dahinterstände, so ist doch bis etwa vor 15 Jahren die Idee einer militärischen Vollstreckung internationaler Entscheidungen bzw. eines Exekutionskrieges der Staatengemeinschaft gegen Rechtsbrecher kaum ernstlich in Betracht gezogen worden. Man war sich in Theorie und Praxis darüber einig, daß ein solcher Vorschlag dem Völkerrecht wesensfremd sei und zudem keine Aussicht auf Verwirklichung habe. Bedeutamerweise ist auch auf den Haager Friedenskonferenzen niemals die Frage der Zwangsvollstreckung von Schiedssprüchen verhandelt worden. Es wurde vor dem Kriege als unvereinbar mit der Souveränität der Staaten betrachtet, eine Zwangsgewalt ins Leben zu rufen,

die nötigenfalls einen Staat auch wider seinen Willen zur Befolgung eines Schiedsspruchs zwingen würde.

Eine ganz andre Auffassung vertrat im Jahre 1910 zum erstenmal der holländische Gelehrte Prof. van Vollenhoven. Er veröffentlichte in der Zeitschrift „De Gids“ einen berühmt gewordenen Artikel, worin er beantragte, auf der dritten Haager Friedenskonferenz eine internationale Flotte ins Leben zu rufen, die im Falle des Ungehorsams gegen die Entscheidungen eines Schiedsgerichts sowie bei einer Neutralitätsverletzung durch einen Kriegführenden in Kraft treten sollte. Dieser Plan wurde, selbst in Kreisen der Friedensbewegung, damals mit großer Zurückhaltung aufgenommen. Der Haager Weltfriedenskongreß von 1913 erklärte die Frage nicht für spruchreif. Nur einzelne Gelehrte, wie der spätere finnische Ministerpräsident Erich Prof. van Cysinga (Reiden) und Prof. W. Schilding hielten die Verwirklichung der Idee van Vollenhovens für einen ungeheuren Rechtsfortschritt.

Unter dem Eindruck der Ergebnisse des Weltkriegs hat sich dann auf einmal die Forderung einer

internationalen militärischen Zwangsvollstreckung

durchgesetzt. Diese Idee war in fast allen Völkerbundentwürfen der Kriegszeit enthalten und ist dann in Artikel 16 der Völkerbundsatzung verwirklicht worden. Sie lag ferner dem Genfer Protokoll zugrunde. Von ihr gehen auch die Verhandlungen über einen Sicherheitspakt aus.

Entspricht es nun dem Gedanken des Völkerbundes und der höchsten Auffassung vom Wesen des Völkerrechts, für eine solche militärische Zwangsgewalt einzutreten? Darüber läßt sich sicher streiten. Denen, die die Prinzipien der Vergeltung auf das Völkerrecht anwenden wollen und erklären, daß man einen schuldigen Staat durch alle Mittel niederwerfen müsse, wird man entgegennehmen können, daß dieses Vergeltungsprinzip zwar in der Psychologie der Entente während der Kriegszeit eine große Rolle gespielt hat, daß sich aber bei gerechter Betrachtung die internationale Politik als viel zu verwickelt herausstellt, als daß man in einem Einzelfalle sagen könnte, dieser Staat sei der allein Schuldige. Da ferner vielfach einzelne Staatsmänner in erster Linie für einen Krieg verantwortlich sind, so entsteht weiter die Frage, wie man den Tod zahlreicher unschuldiger Soldaten und Zivilpersonen, den ein Exekutionskrieg im Gefolge hat, durch eine solche Theorie rechtfertigen will.

Die militärische Zwangsgewalt kann daher, wenn überhaupt, nur durch die Idee der Sühnung gerechtfertigt werden. Ein angegriffener Staat soll evtl. von der Staatengemeinschaft sofortige Hilfe zu gewärtigen haben. Auch soll schon die Androhung einer internationalen Exekution eine Regierung von einem Angriffskrieg abhalten. Darin liegt an sich ein berechtigter Grundgedanke. Aber man wird nicht übersehen dürfen, daß jeder Exekutionskrieg unter Umständen

Europa in ein fürchtbares Chaos stürzen kann.

Es ist weiter in Betracht zu ziehen, daß sich praktisch eine solche Exekution wohl niemals gegen einen Staat wie England und Amerika richten würde. Die schwächeren und die isolierten Staaten stehen in dieser Hinsicht nicht auf gleichem Fuße mit den andern.

Trotz dieser Bedenken wird man aus psychologischen Gründen den Völkern, die von solchen Sicherheiten Beruhigung erwarten, entgegenkommen müssen. Man muß sich dabei nur hüten, das Prinzip der militärischen Sanktionen zu überspannen. Man wird insbesondere stärker als bisher den Versuch machen müssen, einen Krieg erst durch andre, diplomatische oder wirtschaftliche Druckmittel bezulegen, bevor man zum Exekutionskrieg gegen einen Angreifer schreitet.

Dr. Hans Wehberg (Berlin).

Leider amnestiert.

Der Generalsstaatsanwalt hat das Verfahren gegen den Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“ Theodor Wolff wegen „Beleidigung“ der Magdeburger Richter im Ebert-Prozess unter Berufung auf die Hindenburg-Amnestie eingestellt. Diese Nachricht paßt leider nur allzu gut in das Bild, das Otto Wels soeben auf dem Heidelberger Parteitag von dieser durch Bureaucratie und Richterhaft sabotierten Republik gemalt hat. Die Sache der Rechtfertigung aber, die Theodor Wolff in seinem Blatte über den Ebert-Prozess

Wird, sind ein politisches Dokument von großer Aktualität. Sie lauten:

Mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas und dem Justizrat Dr. Siegfried Eidenstein, meinen Verteidigern, habe ich gehofft, durch vieler Zeugen Mund manche Wahrheit beweisen zu können. Da die Staatsanwaltschaft und die Herren Nebenkläger offenbar die Führung des Ebert-Prozesses für korrekt, das Urteil samt der Begründung für einwandfrei hielten, sollten einige der Zeugen, besonders berufenen Beobachter, dieser optimistischen Ansicht ihre eigenen Magdeburger Eindrücke, Erfahrungen und Ergebnisse gegenüberstellen. Die Kerze und die Vertrauten Eberts sollten aussagen, wie auf den Reichspräsidenten die Vorgänge in Magdeburg, die planmäßig organisierte Jagd und die Ausprägung der journalistischen Wipern gewirkt haben, und ob dieses Gift eine Ursache seines Todes geworden sei.

Vielleicht hätte der eine oder der andre auch über die Art, wie Ebert in Berlin von Herrn Bismarck vernommen wurde, noch Wissenswertes mitgeteilt. Vor allem aber kam es darauf an, ein Dunkel aufzuheben, das Herr Landgerichtsdirektor Bismarck umhüllt. Hat der Herr Landgerichtsdirektor, wie der demokratische Abgeordnete Nibel mehrfach im Preussischen Landtag behauptet hat, vor dem Magdeburger Prozesse geäußert „der Sattlergeselle da oben müsse verschwinden“ und Bismarck sei „der einzig mögliche Präsident“? Hat er im Freundeskreise und schon früher in Stottbus noch zahlreiche ähnliche Äußerungen getan? Hat er nach dem Prozesse sich als nationaler Held, der Ebert zur Strecke gebracht habe, feiern lassen und dankbar die Gratulationen der Gleichgesinnten empfangen?

Auf eine „kleine Anfrage“ des Abgeordneten Nibel hat der preussische Justizminister etwas lakonisch geantwortet, er wisse von nichts. Herr Bismarck selbst hat, wie der Amtliche Preussische Pressedienst am 20. Januar berichtete, dem Justizminister dienstlich erklärt, daß er „trot eingehender Prüfung seines Gedächtnisses sich nicht entsinnen könne“, dergleichen Äußerungen getan zu haben, und daß das, seiner Meinung nach, auch „ausgeschlossen“ sei. Wenn nur die eingehende Prüfung seines Gedächtnisses bis dahin nicht eingehend genug war, so hätten die Zeugen ihm gern ihren Beistand geliehen. Man hätte ihn dann aus seinen politischen Anschauungen gewiß keinen Vorwurf gemacht, nicht einmal die Ausdrucksweise pedantisch benörgelt, sondern sich einzig auf die Frage beschränkt, ob ein Richter mit so feststehender Abneigung nicht die Pflicht habe, sich im Prozesse gegen einen politischen Gegner für Befangen zu erklären.

Und wenn das alles erledigt gewesen wäre, hätten wir mit Vertrauen und Respekt dem Spruche des Schöffengerichts entgegengekehrt.

Theodor Wolff, der aufrechte Demokrat und Republikaner, hat diese Sätze in gereizter Erbitterung niedergeschrieben. Es kränkt ihn tief, wie die Organe der Republik mit ihrem ersten Präsidenten umgesprungen sind, dessen ganzes Sein nur dieser Republik galt. Und wie Fritz Ebert schließlich einer elenden nationalitären Meute zum Opfer fiel und erbittert ins Grab sank. Nicht geschützt von der republikanischen Justiz. Und nun zum Schluß verhindert die Immunität die Rehabilitierung eines Ehrenmannes und die Abrechnung mit den Schuldigen. Da muß einem Republikaner die Galle überlaufen.

Mahnung der Zentrumslinken.

Der Gärungsprozeß in der Zentrumsparlei hat sehr zum Leidwesen der Rechtsparleien immer noch nicht sein Ende erreicht. Nachdem sich die Zentrumsparlei von Stuttgart, Groß-Berlin, Brandenburg, Müllersdorf und Niederrhein auf den Standpunkt Wirths gestellt hat und die katholischen Arbeitervereine von Kreisstadt und Land die sofortige Einberufung eines durch Urwahl ergänzten außerordentlichen Reichsparteitags verlangt haben, meldet sich die Frankfurter Parteiorganisation mit folgender Entschiedenheit zum Worte:

1. Die Kreisversammlung erblidt in dem Schritte Doktor Wirths eine ernste Mahnung an die Zentrumsparlei, endlich die dringliche Aussprache einzuleiten, die über die außen- und innenpolitische Linie der Zentrumsparlei grundsätzlich Klarheit schaffen soll.

Der blaue Vogel.

Wir haben ihn auch diesmal wieder mit Freuden willkommen gesehen, zumal er unter Führung seines eigentlichen und wirklichen Direktors, Fuchs, so frohen Willen hat, die englische Schreibeart russischer Namen — Fuchsy — ist, obwohl noch allgemein gebräuchlich, für uns Deutsche (amlos) zu uns kam. Dieser Fuchsy ist noch lustiger und origineller als sein Stellvertreter, der bisher immer den Ansager gespielt hat. Es ist manches, ja das meiste bekannt, was er bringt — daß er sich etwa fremde Sprachen abhören läßt, und, wenn einer „Fuchsy“ verlangt, ihn sofort ausliefert und dann ganz trocken bemerkt: „so jetzt du aus! Aber man läßt es sich gern wieder gefallen, und wenn er gar mit dem Publikum voll spielt, ist die Fuchsigkeit allgemein.

Die Russen waren gefesselt wie immer. Zu den elf Nummern des Programms, das nur eine einzige schon bekannte enthält, fügten sie zwei alte Kunst, ihre besten: den Liebeskisten und die Kuchenscheiter an der Wolke. Es sind die Glanzstücke auf dem einen und doch wohl fälschlich Gebiet, das sie bewahren, auf dem sozialen. Aber gerade für dieses Gebiet fehlen beim größten Teil unserer Durchschnittsintellektuellen — des jüngsten, sozialistischen, der „Herrschaffen“, die in der „Germanie“ tanzen, im romantischen Bereich sind auf die letzten Orchesterkonzerte abzuweichen und bei Frau Rosmerianer Einzug Wagner kultivieren, bitte sehr! — fehlen die Kompositionen. Denn gerade diese Leute — „es gibt Leute und es gibt Menschen“, sagt Gorki im „Mutter“ — wollen sich inselnen über das geistliche, ausgehende Weltentum, das unter der Dypose des verflochtenen Europäerentums ganz menschlich, ganz willentlich seine jammertüchlichen Wunden Langbewegungen macht. Das sind aber die glücklichen Leute, die in Berlin „Hille-Halle“ veranstalten. Wirth, das Hauptorgan der Partei, mahnt gerade in zum Ausschließen kommend. Man muß nur weit genug haben können sein. „Was ist, Herr Fuchsy?“ Die französische junge Dame möchte ich kennen lernen, die kein anderer, als die germanische Kerze, die in den Seiten des Schiffs das Fragen, nach einem Moment des Aufschreies, der ihnen einen Blick in den Himmel über ihnen und ihrem Flug vergönnt hatte, schenkt in die alte höfliche Frau zurückzukehren. Das muß eine französische junge Dame gewesen sein, die dabei gelacht hat, Säger eine, die in „Mutter“ weint.

Je mehr man von diesen komplizierten oder Abarrette heißt, das ohne alle Schicksaligkeit auszusagen — unbegreiflich für den Deutschen! — desto deutlicher trennen sich die beiden Wege, die es beschreiten. Der Weg ins Volksleben hinein, auf dem stehen die beiden Jünglinge von früher die romantische Verwirrung, ein Gemisch aus Lust und Liebe, das Wirth in der Nacht und die Fuchsigkeit, die gewiß Volkstümlicher jenseit, aber auch die beiden Jünglinge, der Junge und der Alte, die mit festem Herzen in der Fuge eines Geistes-Gewebes auf den

2. Sie ist überzeugt, daß die Einheit und politische Kraft der Partei auf die Dauer weder durch taktische Rücksichten, noch durch den Appell an den alten Zentrumsgeist zu erhalten sind, sondern nur durch Klare und bestimmte politische Ideen, die der notwendigen Neuordnung unseres Volkes, dem Aufbau des neuen Staatswesens und der politischen und sozialen Befriedung Europas dienen.

3. Die Kreisversammlung hält es für dringend geboten, daß die Zentrumsparlei des Reichstags schärfer als bisher den Abstand gegenüber dem Kabinett Luther wahr und unter keinen Umständen eine fraktionsmäßige Bindung an das Kabinett Luther zuläßt. Von der preussischen Zentrumsparlei erwartet sie, daß sie sich jedem Versuch zur Errichtung einer Rechtsregierung in Preußen widersetzt.

4. Die Kreisversammlung stellt sich hinter Dr. Wirth und bekämpft sich auch für die Zukunft zu seiner bewährten Politik; zur Politik der europäischen Verständigung, des Aufbaues der deutschen Republik und der gerechten sozialen Ordnung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens.

Der Hauptaktionär der „Germania“, der Herr v. Wapen, der sein gutes Geld zur Umbiegung der Zentrumsparlei im Sinne der Rechtsparleien verwandt hat, wird über diese Resolution nicht recht erbaut sein. Der „Duisfelder“ Wirth aber hat ohne Anteilnahme an der „Germania“ allein durch seine Persönlichkeit viele in der Zentrumsparlei zur Selbstbesinnung und zur Umkehr gebracht.

Der Schwur auf das Kreuz.



Wir wollen sein ein einziges Pakt von Schiefern, An jeder Not verdienen und Gefahr; Wir wollen frisch sein, wie wir immer waren, Nach Mangelmord uns unser Freiheit brüsten Und uns nur fürchten vor der Macht der Feme.

Seberings Optantenfürsorge.

Der Optantenschuß des Preussischen Landtags, der in dieser Woche eine Reihe von Dittagen behandeln wird, trat am Montag erstmalig zu einer Sitzung zusammen. Man einigte sich dahin, von den vorliegenden Anträgen zunächst diejenigen zu erledigen, die sich mit der Optantenfrage beschäftigen und dann zu den über Obereschleien vorliegenden Anträgen überzugehen.

Verichterstatter war der volksparteiliche Abg. Pischke. Seine längern Ausführungen ließen erkennen, daß die unerlösten Angriffe, die die rechtsgerichtete Presse in den ersten Augustwochen gegen den preussischen Innenminister Sebering wegen angeblich ungenügender Sorge um das Schicksal der Optanten gerichtet hatte, völlig in sich zusammengebrochen sind. Pischke hat selbst das

Schneidermüller Lager von dem starken Andrang der Optanten, während dieser Zeit und nachher beschäftigt und legte die Gründe dar, die zu einer zeitweiligen Ueberfüllung und zu den vorübergehenden, durch das bekannte taktkräftige Eingreifen Seberings behobenen Mißständen geführt hätten. Er sprach über die Stimmung im Lager, die im allgemeinen gut war, über das verabschiedete Essen, das er als schmackhaft und reichlich bezeichnete, und ließ sich auch anerkennend über den Betrieb und das Personal im Lager aus. Die Kritik, die er in seinem Bericht übte, richtete sich dagegen, daß man geglaubt habe, die Optanten an einem Orte zusammenziehen zu müssen, gegen falsche Sparsamkeit, die man am Anfang gezeigt habe, und vor allem gegen das Verhalten der rechtsgerichteten Presse, die vollkommen innerpolitisch eingestellt gewesen sei.

Sodann gab ein Oberregierungsrat aus dem Innenministerium eine Uebersicht über die jetzigen Verhältnisse im Schneidermüller Lager und erwähnte, daß dieses noch von 2500 Optanten belegt sei. Im ganzen sind seit Ende Mai 14 000 Flüchtlinge übernommen worden.

Nette Aufwertungsgeschäfte.

Die Klage über den Mangel an Kredit, so schreibt unser wirtschaftlicher Mitarbeiter, gehört zu den täglichen Stoßgebeten der deutschen Industrie. Mit dem Mangel an Kredit wird alles begründet, was mangelhaft ist: die Löhne, die Gehalte, die Preise, die Unternehmungsleitung und die Unlust, Steuern zu zahlen.

Es wäre falsch, wenn man über die Klagen hinweggehen wollte, als wenn sie völlig unbegründet wären. Es ist sicher richtig, daß die fremden Geldmittel, die der deutschen Industrie als mitarbeitendes Kapital zur Verfügung stehen, heute weniger umfangreich sind als vor dem Kriege. Das hat aber auch noch andre Gründe als die, die dafür immer angeführt werden. Einmal sind die Schulden der deutschen Industrie, die in den Bilanzen als mitarbeitendes Fremdkapital erscheinen, heute deswegen geringer als früher, weil von der Inflationszeit her noch das Barfaktgeschäft weit verbreitet ist. Zum andern ist der Umfang der mitarbeitenden fremden Mittel aber auch deswegen gesunken, weil durch die Entwertung der Mark die Obligationen- und Hypothekenschulden der deutschen Industrie in erheblichem Umfang schmerzlos gelöscht worden sind.

Was hat die deutsche Industrie an der sogenannten Aufwertung ihrer Obligationen und Hypotheken verdient? Einen gewissen Anhalt geben die

Goldmark-Eröffnungsbilanzen.

Sie sind vom Statistischen Reichsamt bisher für 2720 Aktiengesellschaften berechnet worden, die schon vor dem Krieg existierten.

Die Obligationen- und Hypothekenschuld dieser 2720 Aktiengesellschaften betrug 1913 3,187 Milliarden Mark. In der Goldmark-Eröffnungsbilanz 1924 finden wir an Obligationen und Hypotheken bei diesen Gesellschaften nur noch 385 Millionen Mark. Mit andern Worten: die erwähnten Aktiengesellschaften haben 87,9 Prozent ihrer Obligationen- und Hypothekenschuld verloren; die Aufwertung belastet sie nur mit 12,1 Prozent ihrer Vorkriegs-Goldschuld.

Wenn man die einzelnen Industriegruppen betrachtet, ergibt sich ein außerordentlich interessantes Bild. Die Banken sind 98,2 Prozent ihrer Obligationen- und Hypothekenschuld losgeworden. Der Warenhandel konnte 96,1 Prozent dieser Schulden abbuchen. Beim Verkehrswesen sind es 92,5 Prozent. In der Industrie der Grundstoffe 88,7 und in der verarbeitenden Industrie 87,5 Prozent!

Die erwähnten Ziffern zeigen für die deutschen Aktiengesellschaften, soweit sie bisher ihre Goldmarkbilanz vorlegten, einen Entschuldungsgewinn von rund 2,8 Milliarden Goldmark. Aber das ist erst der Gewinn, den 2720 Aktiengesellschaften gemacht

Wessias hatten und sich die Herrlichkeit seiner Ankunft ausmalen, die sie für alle Schmach, alle Leiden dieses gemeinsten Volkes einschließen soll. Der Kinto, der fauchende Feldhüter, gehört auch hierher, ein lustiger Wursch, der jung und tanzt wie die Leute auf seinem Dorf; er hat so gar nichts vom Konzertsänger und von der jüdischen Steifheit, Verlegenheit und Langeweile an sich. Selbst die Märchenjense von der traurigen Prinzessin, die erst jüdisch wird, wenn der Bauernburche sie küßt — ein Märchen voll tiefer Symbolik — lenkt ihre Wurzeln nach ins russische Volksleben hinab; ihre Partitur reicht beinahe an die altiranische Ballade vom König und Lamhour heran, die wir im letzten Programm so bewundert haben. Wieder ist es über die eminente Kunst der Einzelstimmen, etwa des vertriebenen alten Königs, hinaus der Geist der Gemeinschaft, der hier eine so erstaunliche, für uns Westeuropäer kaum mehr erreichbare Harmonie schafft.

Aber von dieser vollstimmlichen Kunst zweigt sich eine andre ab, die nicht weniger gepflegt ist und doch bei weitem ihre Wirkungen nicht erreicht. Sie führt in die Zivilisation der Großstadt hinein, selbst dann, wenn sie sich, wie in „Fique Dame“ oder in der „Liliputia der Großen“ vom vorigen Jahre, historisch gibt. „Das war in Schöneberg“ gehörte auch dazu. Diese Dinge erheben und vertrocknen immer mehr. Es fehlt ihnen der lebendige Strom des Gemeinheitsempfindens, der die Volksstimmlichen durchdringt. Lebende Fieber, die immer unlebendiger werden. Der Verleger, der von seiner Geliebten träumt, ist immerhin noch gegenwärtiger als die kalteitige tanzende Odaliske, die man ebenjagot hätte entbehren können wie jenes „Mädchen“. Die Sängerin in der Salonjense ist bei diesen brüchigen Sopranstimmen wahrscheinlich kein Gevay. Der König und seine Tochter lassen ebenfalls in der Szene mit den drei Trommlern allerdings zu wünschen übrig. Den gesungenen Leistungen gegenüber wagt die Direktion etwas kräftiger sein. Erinnerung sei auch an das jüdische Halbes des Rabbi. Die Hauptfiguren aus der Berliner Fuge — nun ja, wichtig und unterhaltend sind sie sicher, aber mehr auch nicht. Eine lustige Variété-Nummer, die man eher annehmlich als künstlerisch merkt. Die Begleitmusik, in der die vornehmliche Konzertsängerin glänzt, war wiederum hochherzlich.

Ich werde die Besprechung nicht los, daß die beiden Klänge, die vollstimmliche und jüdische, sich immer mehr von einander entfernen und schließlich ganz auseinanderfallen werden. Fuchsy wird sich dann für die eine oder für die andre entscheiden müssen. Er möge die Gefahr, die ihm von „Fuchsy“ her droht, ja nicht übersehen.

Erstes Theaterkonzert.

Dem festlichen neubemalten Saale entspricht leider kein ebenso erhellendes Konzertprogramm. In Grau, Grün, Schwarz und Gold sind jetzt die Wände der Bühne gehalten, wenn sie für unser Orchester eingerichtet wird. Aber das Grau überwiegt — hat nicht denn das Kunst ebenfalls die Lösung aus-

gegeben: das Grau soll aus Magdeburg verjagt werden? — und ein ungeheurer Goldkreis umgibt wie ein grauer Schlingenschein unsern Bunker, der denn ganz winzig darinsteht. Zu allem Unglück wird diese Grünlichkeit auch noch von zwei Deckenlampen in ein großes Licht gesetzt, in ein Licht von ungefähr 1000 Kerzenstärke. So beleuchtet man allenfalls einen Güterbahnhof oder ein Fabrikgelände, aber um himmelswillen keinen Orchesterraum. Wie soll in einer so schamlosen Helle die Stimmung auskommen, die man beim Musikhören braucht? Wie schön war dagegen die biedere alte Kuffbeleuchtung, die das Licht nach dem Publikum hin ablenkte!

Die einzige Programmnummer, die in dieses freche Licht paßte, war Hindemiths neues Orchesterkonzert. Der Generalmusikdirektor, dem diese Art von Musik besonders liegt, hatte alles getan, um sie dem Publikum nahezubringen. Er hatte das Stück eingehend mit Angabe der Instrumente analysiert, gezeigt, wie die Themen sich, nachdem sie einzeln erklingen sind, miteinander vereinigen; er hat sogar diese Themen durch einzelne Instrumentengruppen vorher vorspielen lassen. Das war theoretisch lehrreich und nebenbei eine recht interessante Befähigungsprobe der Einzelstimmen, bei der die Herren Cellisten infolge ihrer Ansauberkeit recht schlecht abschnitten (sollte vielleicht wieder einmal der Herr Solocellist und Konzertmeister ...?). Wir wurden also belehrt, daß Hindemith auf die alten Formen, nämlich auf den Wechsel von Ritornell und Konzertino, zurückgegriffen und gelegentlich auch fugierte Arbeit geliefert habe. Nur mußte man sich daran gewöhnen, mehr vertikal als horizontal zu hören, das heißt die Stimmen in ihrer selbständigen Führung verfolgen, anstatt wie bisher ihren harmonischen Zusammenklang zu verlangen. Dann komme so etwas wie ein neuer Sänkel heraus, mit dem der Moderne absichtlich zusammenge stellt worden war.

Sonderbar, daß unsere modernsten Stürmer und Dränger, die Hoffnung unserer trüben Tage, Concerti groß, Ritornelle und Fugen anfertigen, als lebten sie noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Ist das die patriotisch angelegte Neutöner, mit der alles Bisherige weggefegt werden soll? Wo ist die amerikanische Jazz-Band mit Saxophon, Trillerpfeife und Autohype geblieben, die uns in Hindemiths „Orchester suite 1919“ oder „Ab dafür!“ so innigen Spaß bereitet hatte? Hat sie sich endgültig hinter Webedeckel verbarren? An Reifeheit des Klangs haben wir ja gewiß nichts eingebüßt: unser Stadttheater-Orchester quackte, grunzte, schnarrte, nistete und rülpste auf Hindemiths Geheiß, daß es eine Lust war zu leben. Das kam ja jeder Komponist, den die atonale Sehnsucht plagt, nach Herzenslust betreiben — nur ist nicht einzusehen, warum derartige Geräusche ausgerechnet auf einen kontrapunktischen Kontrapunkt gepreßt werden müssen. Der Wert dieses Kontrapunkts nämlich besteht in der Freiheit, die durch die Rücksicht auf die Nebenstimme gebündigt und veredelt ist. So kommt dann etwas zustande, was auch horizontal gehört noch erträglich, ja wohlnehmend ist, ohne im vertikal, schamlose Sinne uninteressant oder gar gleichgültig zu werden. Die Modernen

haben. Wir haben aber rund 6000 Vorkriegs-Aktiengesellschaften. Weiter haben auch ein Teil der rund 12 000 Kriegs- und Nachkriegsaktiengesellschaften aus der Entwertung der Hypotheken und Obligationen Gewinne geschöpft. Man kann bezweigen annehmen, daß der gesamte Gewinn der deutschen Aktiengesellschaften aus der ungenügenden Aufwertungsgefeßgebung

rund 5 bis 6 Milliarden Goldmark

trägt. Für solchen Gewinn kann man auch gut und gern einmal die Wahlbewegung materiell „etwas unterstützen“. Man sieht doch zu sehr sichtbarlich, daß derlei Ausgaben sich wieder einbringen.

Wenn das deutsche Unternehmertum über den Mangel an mitarbeitenden fremden Mitteln klagt und im besondern darauf hinweist, daß der Umfang dieser ihm zur Verfügung stehenden fremden Mittel gegenüber der Vorkriegszeit ganz wesentlich zurückgegangen sei, so darf bei der Erwiderung darauf nicht vergeßen werden, daß die fremden Mittel der deutschen Wirtschaft auch dadurch geringer geworden sind, daß sie mit Hilfe der Inflation und der Aufwertungsgefeßgebung vom Unternehmer-tum in ihre eigene Tasche gesteckt worden sind.

Was hat das Unternehmertum mit diesen billigen Gewinnen gemacht? Während der Inflation sind diese Gewinne auf dem Weg über Bezugsrechte mit vollen Händen

an die Aktionäre ausgeschüttet

worden. Und dann hat man alles Heil darin gesehen, den Sachwertbesitz zu vergrößern. Der sinnlos große Grund- und Gebäudebesitz unserer deutschen Industrie ist eine der Hauptursachen ihres Kreditmangels. Der Jammer darüber soll die Zuhörer nur vergeßen machen, wie unfähig in weiten Schichten das deutsche Unternehmertum sich gegenüber den wirtschaftlichen Problemen der jüngst vergangenen Jahre gezeigt hat.

Ein „nationales“ Geschäft.

Wenn es sich darum handelt, in der Politik Geschäfte zu machen, sind die Schwarzweißer nie faul. Nationale Einstellung ist für diese Kreise eben nur dann lohnend, wenn dabei der Geldbeutel anschwilt. Namentlich mit der Person Hindenburg verknüpft man, viel zu verdienen. Sein Bild in Marschalluniform hat reizenden Absatz. In der Geschäftsklüchtigkeit schießt aber den Vogel die „Deutsche Illustrierte“ ab, ein seit kurzer Zeit in Berlin erscheinendes Blatt deutschnationaler Richtung.

Diese „Deutsche Illustrierte“ teilt ihren Lesern mit, daß sie zum Geburtstag des Reichspräsidenten eine Sondernummer herausgibt, die diesem zusammen mit einer Glückwunschkarte überreicht werden soll. Dieser Adresse will sie eine Gratulantenliste beilegen, in der die Namen aller derer stehen sollen, die dem Reichspräsidenten zur Feier seines Geburtstags gratulieren wollen. Soweit ist alles schön und gut. Aber dann kommt der Pferdefuß. Das Blatt fährt nämlich fort:

Die Eintragung in die Gratulationsliste erfolgt für Abonnenten, deren Abonnement bis Ende Dezember läuft, kostenfrei. Für Nichtabonnenten ist die Lösung eines Vierteljahrsabonnements ab 1. Oktober Vorbedingung.

Also: Hindenburg zu gratulieren, ist national; aber national sein und werden kann man nur dann, wenn man die „Deutsche Illustrierte“ bestellt! Doppelt skandalös wirkt diese Verquickung von Politik und Geschäft, da es sich um die Person des Reichspräsidenten handelt. Aufgabe Hindenburgs wäre es jedenfalls, diese „Ehrung“ energig abzuwinken. Ob er es wohl tut wird? ff

dagegen lassen alle Stimmen sich frei und zügellos austoben und gegeneinanderwüten. Daß sie dafür die Formen der Barockzeit entlehnen, die ganz andre Ziele hatte, das ist Ineohlichkeit und Schwäche zugleich. Man füllt keinen neuen Wein in alte Schläuche. Auch in klanglicher Beziehung nicht. Hindemith mutet dem Horn, dem Cello, der Violin Partien zu, die gar nicht für diese dem Wohlklang, dem Gesanglichen bestimmten Instrumente passen. Man höre sich seine Streicherpartien an, die klingen, als träte man vierzig Säßen gleichzeitig auf den Schwanz, die Flöten, Oboen und Fagotte, die einen Ferkelstall imitieren und die Soloviolone, die mit entlosten Säßen gurgelt, aber nicht singt. Da sind die Süßfeinjulanten und Botofuden weit ehrlicher: sie spielen auf Lärminstrumenten, wenn sie lärmten wollen.

Der alte Händel kam neben diesem neuen Händel leider sehr ins Hintertreffen. Der Dame, die ihn sang, eine Frau Boscarloforti aus Hamburg, fehlen die technischen Voraussetzungen für diesen Stil. Sie hat eine mangelhafte Atemtechnik, die sie zwingt, oft mitten in einer Phrase hörbar nach Luft zu schnappen. Man kann sich denken, wie dabei die Koloraturen zerfallen werden. Die Solofantatie „Lucrezia“, die von den eminenten dramatischen Fähigkeiten Händels einen Begriff gibt, ist in ihrer ganzen Ausdehnung nur erträglich, wenn sie auch im Ausdruck mühelos beherrscht wird, wenn also die Sängerin instand ist, zwischen Rezitativen und Arien zu unterscheiden. Aber das kann diese Sängerin nicht: sie muß sich viel zu sehr mit der Technik abgeben, als daß ihr jenes sichere, großzügige Ausströmenlassen des Tones gelänge, das Händel für die lyrischen Teile unbedingt erheischt. Ebensovienig traf aber Walter Bed diesen Händelschen Monumentalstil. Er hatte den unglücklichen Ehrgeiz, vom Flügel aus zu dirigieren und erwies sich dabei als höchst ungehobelter Klavierpieler, der viel zu sehr an der Partitur klebte, als daß er sein Orchester und die Sängerin hätte sicher kontrollieren können. Es gab denn auch beständig Schwankungen und ein nervöses Zittern, das jeder Komponist eher vertragen als gerade Händel. Auch in den Zeilmäßen vergriff sich Bed wiederholt: Händel darf nie gekürzt werden. So etwas hat Otto Volkmann meisterhaft herausgebracht.

Weit besser gelangen die Egmont-Ouvertüre und die D-Dur-Sinfonie von Mozart. Das Orchester war straff zusammengelassen, die Sätze gut aufgebaut. Freilich letzte Wünsche in bezug auf Zartheit des Klanges und Wärme des Ausdrucks blieben unerfüllt. Die fugierte Durchführung des ersten Satzes muß viel leiser anfangen, wenn sie wirkungsvoll gesteigert werden soll. Die ersten Geiger dürften beim zweiten Thema dieses Satzes, das braunrotlich schwärmen soll, nicht so mit dem Bogen sparen und das zweite Thema des Finales beträgt eine jähere Phrasierung, die durch Haß nicht zu erklären ist.

Das Publikum, das in der Hauptprobe noch sein Mißfallen zu äußern gewagt hatte, verhielt sich in der Aufführung selber sehr artig.

Beginnende Wirtschaftsverhandlungen.

Die unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen werden jetzt wieder aufgenommen. Der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, ist in Berlin eingetroffen. Auch der Vorsitzende der deutschen Delegation zur Führung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, Sewald, ist nach Berlin zurückgekehrt. Heute wird die Ankunft Bronzahnstis, des Leiters der polnischen Delegation, erwartet. Die erste Sitzung der beiden Delegationen wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sollen am Dienstag von neuem beginnen. Staatssekretär Tzenbelenburg wird im Pariser Handelsministerium von dem Minister Chaumet und dem Sachverständigen für den Handelsvertrag, Ministerialdirektor Serruier, erwartet. Das „Journal des Debats“ schreibt: „Man weiß noch nicht, ob die deutsche Delegation Gegenanschläge mitbringt oder ob sie sich damit begnügen will, den deutschen Standpunkt auseinandersetzen und dann eine neue Verabbarung zu verlangen.“

Der Papierkrieg gegen die Teuerung.



Die französischen Kriege.

Ein offizieller spanischer Seeresbericht gibt bekannt, daß die spanischen Truppen in Marokko den Widerstand der Rifstakten von Tetuan gebrochen hätten und zur Offensive übergegangen seien. Der Vormarsch der spanischen Truppen, die Andia-Tahar erreicht hätten, geht weiter. In der Nacht von Alhucemas befestigten die Spanier ihre Stellungen. Von der französischen Front wird keine Veränderung der Lage gemeldet.

Die Lage in Syrien scheint unverändert zu sein. Sueida wird nach wie vor von den aufständischen Druzen belagert. Nach Meldungen aus englischer Quelle soll die Vorbereitung zur Expedition gegen die aufständischen Djebel-Druzen beendet sein. Die Offensive beginnt, sobald General Gumelin als Generaladjutant Sarraills den Oberbefehl über die Truppen in Syrien übernommen hat. Die aufständischen Druzen sollen nach der gleichen Meldung alles Vieh in den christlichen Dörfern geschlachtet und das Fleisch zur Verpflegung ihrer Truppen im Winter beschlagnahmt haben. Die christlichen Bewohner sind in Massen geflohen. In Bzra befinden sich zurzeit 400, in Bozra 1200 und in Deraa sogar 3000 Flüchtlinge.

Das Minderheitsproblem vor dem Völkerbund.

Die allgemeine Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Völkerbundsrates wurde auch am Montag nach von der Völkerbundsversammlung fortgesetzt. Die bemerkenswerteste Rede des Tages war die des ungarischen Delegierten Grafen Apponyi. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand das Minoritätenproblem. Apponyi hob hervor, daß der Völkerbund und seine Minoritätenpolitik neue Wege einschlagen müsse. Die folgenden drei Forderungen des Weltverbandes der Völkerbundsmitglieder könnten dabei als Richtlinien dienen: 1. Die von genügend bevollmächtigt erscheinenden Organisationen der Minderheiten vorgebrachten Klagen sollen dem Völkerbundsrat sofort, ohne die bisher langwierige Nachprüfung der Eingabeberechtigung, unterbreitet werden. 2. Die Vertreter der sich bekämpfenden Minderheiten sollen künftig Selegereit erhalten, vor dem Völkerbundsrat persönlich ihren Standpunkt vertreten zu können. 3. Bei allen vor den Rat kommenden, die Minderheiten betreffenden Rechtsfragen soll ein Rechtsgutachten des ständigen Internationalen Schiedsgerichtshofs eingeholt werden. Zum Schluß brachte Apponyi zu dem Antrag des Spaniers Luinones de Leon einen Änderungsantrag ein, der den Völkerbundsrat erzuht, schon jetzt mit der Vorbereitung einer allgemeinen Abklärungskonferenz zu beginnen.

Nach Apponyi sprach der litauische Vertreter Galbafas, der einen Antrag einbrachte, der die Einsetzung einer Kommission verlangt, die ein für alle Völkerbundsmitglieder gültiges, einheitliches Minderheitsrecht entwerfen soll. Auch der letzte Redner, Kalkoff (Bulgarien) sprach sich für die Erweiterung der Zuständigkeit des Rates bei der Behandlung der Minderheitsfragen aus. Auf der Rednerliste stehen noch fünf Redner, darunter auch Soucheur. Man hofft jedoch, in der Dienstagssitzung mit der Aussprache über den Tätigkeitsbericht zu Ende zu kommen.

Notizen.

Die Einladung an Deutschland. Der französische Botschafter in Berlin, de Margerie, hat seinen Besuch zur Ueberreichung der Einladung zur Ministerkonferenz für Dienstag mittag um 12 Uhr im Auswärtigen Amt angemeldet.

Amnestierung in Bayern. Auf Grund des Amnestieerlasses hat der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik das Verfahren gegen den Schriftleiter des „Miesbacher Anzeigers“, Rudolf Stempfle, gegen den Chefredakteur des „Börsen- und

achters“, Alfred Rosenbergs in München, und 16 andre Angeklagte eingestellt.

Ausgewiesen. Die thüringische Regierung hat den Redakteur der kommunistischen „Neuen Zeitung“ in Jena, Martin Müller, als lästigen Ausländer aus Thüringen ausgewiesen, mit der Aufforderung, das thüringische Staatsgebiet binnen 2 Wochen zu verlassen. Müller, der zwar von Geburt Argentinier ist und die argentinische Staatsangehörigkeit besitzt, aber sich seit seinem dritten Lebensjahre, d. h. über 81 Jahre in Deutschland aufhält, ist bereits im Jahre 1922 in Estlin, wo er Redakteur war, aus Preußen ausgewiesen worden. Die Ausweisung Müllers hängt vermutlich zusammen mit den Hausdurchsuchungen, die in letzter Zeit bei dem kommunistischen Organ vorgenommen worden sind.

Maßregelung eines sozialdemokratischen Pfarrers. Der sozialdemokratische Pfarrer Fuchs in Eisenach hatte Anfang September in der „Eisenacher Volkszeitung“ einen Artikel gegen die jetzige deutsche Rechtsprechung erscheinen lassen, der das Mißfallen seiner deutschnationalen Kollegen hervorrief. Sie verlangten kurzerhand die Abberufung des Genossen Fuchs. Die Eisenacher Kirchenverwaltung beschäftigte sich nun mit der Angelegenheit. Die politisch voreingenommene Versammlung sprach dem Genossen Fuchs wegen seiner politischen Betätigung ihre Mißbilligung aus und beschloß mit 20 gegen 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen, daß das Verbleiben des Genossen Fuchs in seiner Stellung als Stadtpfarrer nicht mehr möglich sei. Es handelt sich hier also um eine glatte Maßregelung.

Internationaler Kongreß der Minderheiten. Am 15. Oktober findet in Genf ein internationaler Kongreß der Minderheiten in sämtlichen europäischen Staaten statt. Auf dem Kongreß werden rund 80 Gruppen vertreten sein, darunter auch Vertreter der „nationalen Minderheiten in Deutschland“ (Polen, Wenden und Tschechen). Politische Erörterungen über die Lage der Minderheiten in den verschiedenen Ländern werden jedoch nicht stattfinden. In erster Linie soll der Kongreß der Schaffung einer internationalen Organisation zur Zusammenarbeit bei der Wahrung der Minderheiten gewidmet sein.

Caillaux reist nach Amerika. Der französische Finanzminister Caillaux wird sich am Mittwoch nach Amerika begeben. Er wird von einer größeren Delegation begleitet werden, die in Washington die Verhandlungen über die Regelung der französischen Schuld an die Vereinigten Staaten zu führen haben wird.

Bischöfe schwören auf die Republik. In Warschau zogen nach feierlichem Gottesdienst alle Bischöfe nach dem Belvedere zum Staatspräsidenten Wojciechowski, wo sie den Schwur auf die Republik leisteten, den das Konkordat mit dem Vatikan vorsieht.

Internationale Bildungsanstalt. Zum dritten Male beruft der Betriebsrat der Bournville-Werke in Birmingham in diesem Jahre eine internationale Studienkonferenz zusammen. Sie soll vom 15. bis 22. September tagen, als Hauptredner ist der Pazifist Norman Ugeil gewonnen. Er will in einer groß angelegten Vortragsreihe die Schwierigkeiten des kultivierten und erfolgreichen Verkehrs der Staaten untereinander, die Begriffe der Staatsouveränität und die Gefahren der wirtschaftlichen Anarchie eines nicht geeinten Europas darstellen. Die Hälfte der Teilnehmer, ungefähr 25, sind Engländer, die andern 25 setzen sich aus Angehörigen der verschiedenen europäischen Nationen zusammen. Aus Deutschland sind die Sozialdemokraten Piendorff (Hamburg), Friede (Berlin), Dr. Seelbach (Düsseldorf), Frau Dr. Wegscheider u. a. eingeladen worden.

Depeschen.

Parteitag in Heidelberg.

eb. Heidelberg, 15. September. (Radio.) Maher (Frankfurt) eröffnet die Dienstagssitzung des zweiten Verhandlungstags mit einem herzlichen Glückwunsch für Otto Wels, der heute seinen 52. Geburtstag feiert. Der Parteitag schließt sich mit lebhaftem Beifall diesem Glückwunsch an. Nach Verlesung eines Begrüßungsgrammes der ausländischen Delegation der russischen Sozialrevolutionäre wird die allgemeine Debatte über die Geschäftsbereiche fortgesetzt.

Groschwich (Frankfurt) berührt zunächst einige Anträge aus Frankfurt, die die Wahl der Delegierten zur Internationale zur Urwahl in jedem Bezirk und die Zugehörigkeit jedes sozialdemokratischen Beamten zu einer freien Gewerkschaft fordern, und geht dann auf die Vermurde Stollings gegenüber Frankfurt ein. Den Parteivorstand labet er ein, sich einmal in Frankfurt umzuwerfen, welche wertvolle Arbeit dort geleistet wird, nicht nur organisatorisch, sondern auch bezüglich der kameradschaftlichen Treue zur Gesamtpartei. „Die Frankfurter Parteigenossen sind die treuesten Söhne der deutschen Sozialdemokratischen Partei.“ (Heiterkeit.) Wir werden uns durch den Widerspruch, den wir hier finden, nicht irren lassen.

Löb (Frankfurt): Ein Teil des Parteitags hat gelacht, als mein Vordränger von wertvollen Anträgen Frankfurts sprach. Auch in Göttingen hat ein Teil des Parteitags einen Antrag Frankfurts mit Gelächter aufgenommen, der die finanzielle Sanierung Deutschlands betraf und die Finanzsachverständigen der ganzen Welt für sich hatte. Die Sanierung ist auch nachher im Sinne dieses Antrags vor sich gegangen. Wir werden alljährlich vom Parteivorstand nicht allzu liebenswürdig behandelt, aber die Rede Stollings uns gegenüber war der Gipfel an Unamerabhaftigkeit und Mhohalität. Anstatt über einen Bagatelantrag von Frankfurt, wie dem in bezug auf die Zusammenfassung des Parteivorstandes 10 Minuten lang hier zu reden, sollte der Parteivorstand einmal nach Frankfurt kommen und sich mit den seiner Meinung nach irreführten oder tranken Kindern Frankfurts zusammensetzen. Dann wäre für das kameradschaftliche Zusammenarbeiten in der Partei mehr geleistet, als wenn man die Zusammenfassung jedes Jahr vor den Kopf stößt. (Zuruf: Ihr stoßt vor den Kopf!) Aber wir können den Antrag eines rein proletarischen Bezirks nicht abwürgen, das wäre undiploatisch. Auch unsere Entscheidung auf Wiederaufnahme der alten sieggewohnten Taktik sollte man nicht aus dem Nichtsgefühl, sondern mit Verantwortungsgefühl annehmen. Opposition ist manchmal ein verantwortungsvolleres Amt als Mißkauferei. Diese Entscheidung Frankfurts ist geboren aus dem Verantwortungsgefühl für den Sozialismus, für die rote Fahne in erster Linie, während die schwarzrotgoldene Fahne für uns erst in zweiter Linie kommen darf.“ (Bravo! bei einem Teile der Delegierten.)

Der D-Zug in der Arbeiterkolonie.

Wb. Naumburg, 15. September. In eine Streckenarbeiterkolonie fuhr heute früh kurz nach 10 Uhr ein aus Weizenfeld kommender D-Zug auf der Eisenbahn-Saalbrücke neben der „Genne“ bei starkem Nebel hinein. Zwei Arbeiter wurden überfahren und auf der Stelle getötet. Die übrigen Arbeiter konnten rechtzeitig ausweichen.

Pilzvergiftung.

Wb. Böllingen, 15. September. Nach dem Genuss von selbstgebackten Pilzen sind hier gestern vier Personen, eine Mutter mit ihrem Sohn und ihren zwei Töchtern, erkrankt. Die Mädchen sind im Krankenhaus gestorben. An dem Aufkommen des Sohnes wird gezweifelt, die Mutter konnte gerettet werden.

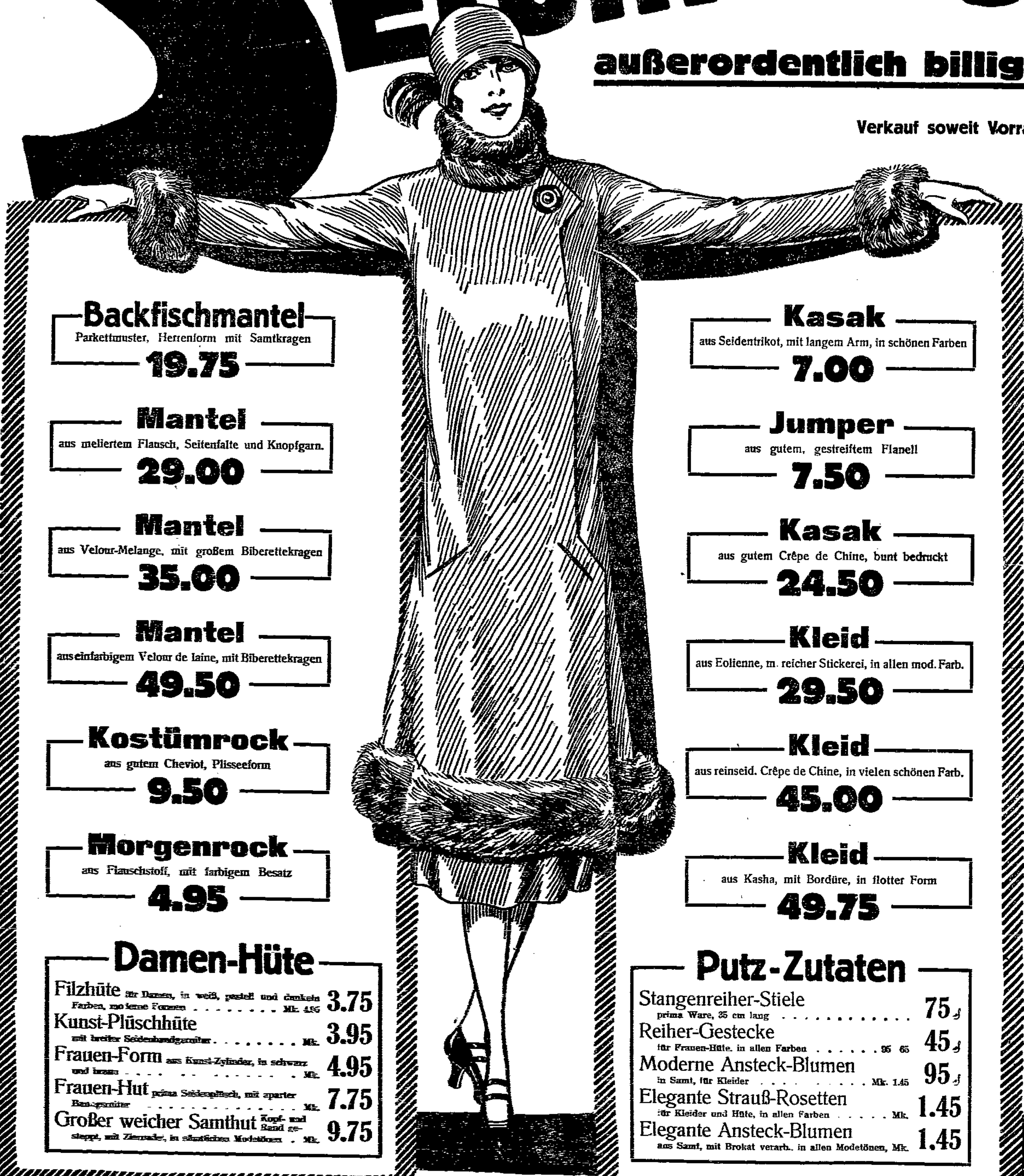
Todesurteil nicht bestätigt.

Wb. Paris, 15. September. Die „Petit Parisien“ aus Soja meldet, hat König Boris es abgelehnt, der Verurteilung von 250 Kommunisten zum Tode zuzustimmen. Das Urteil war vom Kriegsgericht mit der Begründung ausgesprochen worden, daß die Angeklagten an dem Anschlag in der Kathedrale beteiligt waren.

Zur Saison- Eröffnung

außerordentlich billig!

Verkauf soweit Vorrat



Backfischmantel
Parkettmuster, Herrenform mit Samtkragen
19.75

Mantel
aus meliertem Flansch, Seitenfalte und Knopfgarn.
29.00

Mantel
aus Velour-Melange, mit großem Biberettekragen
35.00

Mantel
aus einfarbigem Velour de laine, mit Biberettekragen
49.50

Kostümrock
aus gutem Cheviot, Plisseeform
9.50

Morgenrock
aus Flanschstoff, mit farbigem Besatz
4.95

Damen-Hüte

Filzhüte für Damen, in weiß, gestefelt und dunkeln Farben, mit kerne Formen	Mk. 456	3.75
Kunst-Plüschhüte mit breiter Seidenbandgirlande	Mk.	3.95
Frauen-Form aus Kunst-Zylinder, in schwarz und braun	Mk.	4.95
Frauen-Hut prima Seidenplüsch, mit aparter Bandgirlande	Mk.	7.75
Großer weicher Samthut Kopf- und Band gesteppt, mit Zierränder, in schönsten Modellen	Mk.	9.75

Kasak
aus Seidentrikot, mit langem Arm, in schönen Farben
7.00

Jumper
aus gutem, gestreiftem Flanell
7.50

Kasak
aus gutem Crêpe de Chine, bunt bedruckt
24.50

Kleid
aus Eolienne, m. reicher Stickerei, in allen mod. Farb.
29.50

Kleid
aus reinseid. Crêpe de Chine, in vielen schönen Farb.
45.00

Kleid
aus Kasha, mit Bordüre, in flotter Form
49.75

Putz-Zutaten

Stangenreihler-Stiele prima Ware, 25 cm lang		75
Reihler-Gestecke für Frauen-Hüte, in allen Farben	95 65	45
Moderne Ansteck-Blumen in Samt, für Kleider	Mk. 1.45	95
Elegante Strauß-Rosetten für Kleider und Hüte, in allen Farben	Mk.	1.45
Elegante Ansteck-Blumen aus Samt, mit Brokat verarb., in allen Modellen, Mk.		1.45

LANGE & MÜNZER

Breiter Weg 51/52

und Suchen wirklich zu einer frohen Unterhaltung der Vermittler der Armen. Um 5 Uhr hielt der Kreisabgeordnete Genosse Schürer einen interessanten Vortrag über die Art der Rentenverföhrung im allgemeinen und im Kreise Jerichow 1 im besonderen. Durch die bürgerliche Mehrheit im Kreise Jerichow 1 werden die niedrigsten Sozialrenten gezahlt. Besonders wehrt sich der Stahlfabrikant Lamprecht gegen die Erhöhung der Rentenätze. Bei den kommenden Wahlen müssen die Sozial- und Kleinrentner und Armenunterstützungsempfänger den Männern vom Ordnungsbund die Quittung, und den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen geben. Bedauerlich sei, daß gerade im Kreise Jerichow 1 noch Sozialrenten für Witwen von 4, 5, 6 und 7 Mark monatlich gezahlt werden. Das sind Sätze, bei denen alle Rentenempfänger verhungern. Genosse Henschel wies nochmals darauf hin, daß ein Zusammenschluß aller Sozial- und Kleinrentner unbedingt notwendig ist. Gleichzeitig wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der dem Kreisrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll, der besagt, daß das Existenzminimum einer einzelnen Person mindestens 70 Mark im Monat betragen muß. Es wurden gefordert: Für die alleinstehenden Rentenempfänger (Zubaliden und Witwen) monatlich 40 Mark, für Weifen 20, für ein Ehepaar 60 und für ein Ehepaar, wenn beide Ehegatten gefehlt haben, monatlich 66 Mark, als Zuschläge erhalten die verheirateten Rentenempfänger für jedes Kind bis zu drei Kindern bis zum Alter von 14 Jahren 10 Prozent der Gesamtrente. Die Bezüge der Kleinrentner und Armenunterstützungsempfänger müssen dem gleichgestellt werden. Gleichzeitig wurde ein Antrag angenommen, der fordert, daß alle Rentenempfänger, die einen eignen Haushalt führen, und unter 70 Mark monatliches Einkommen haben, zur Beschaffung von Kohlen und Kartoffeln einen Vorfuß von 20 bis 35 Mark bekommen. Genosse Henschel dankte allen Helfern, die zum Gelingen der Veranstaltung beitrugen. 15 Neuaufnahmen konnten am Schluß für den Zentralverband verbucht werden, so daß im Laufe der Woche 21 Neuzugänge zu verzeichnen sind.

Scharlau. Eine imponante republikanische Kundgebung fand am Sonntag in unserm Orte statt. Die republikanische Einwohnerchaft hatte Straßen und Häuser geschmückt. Großer Jubel herrschte, als die Bürger Kameraden ins Dorf eingogen. Um 1/2 8 Uhr bewegte sich ein Festzug, wie ihn unser Ort noch nie gesehen hat, durch die Straßen. Vor dem Festzug hielt Kamerad Reimelt jun. (Burg) eine kurze Ansprache. Die Kundgebung hat verdaulich gewirkt und wird auch die „Lanen“ und „Kengilichen“ veranlassen, sich in die Reihen der aufrechten Republikaner zu stellen.

Stadtfreis Burg.

Ein Frauenabend wird am Mittwoch abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus veranstaltet.

Ortsauschuss für Jugendpflege. Die Hauptversammlung findet am Freitag den 18. September in der Aula der Mädchenschule statt. Es ist notwendig, daß alle angeschlossenen Vereine erscheinen, da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich beim Altendorfer Grundstück. Um Angehörige im Kreisfrankenhaus zu besuchen, fuhr der Arbeiter E. Herrmann aus Magdeburg mit einem Verwundetensitz nach Burg. Hinter ihnen fuhr ein Auto derselben Beg und gab mehrere Warnungssignale. Die Radfahrer gaben aber den Weg nicht frei, so daß das Auto auf etwa 20 Meter schief bremste und dabei herumgeschleudert wurde und quer zu stehen kam. Dabei erlitt es die beiden Radfahrer. Die wurden vom Rade geschleudert und die Räder zertrümmert. E. erlitt einen Oberschenkelbruch, der andre kam mit leichten Verletzungen davon. Die herbeigerufenen Arbeiter-Samariter und Dr. Radt sorgten für Ueberführung ins Krankenhaus. Die Augenzeugen berichteten, trifft den Fahrer des Autos keine Schuld.

Der Streit bei der Firma Duttenberg ist beendet; die Arbeiten sind wieder aufgenommen.

Kreis Wolmirstedt-Mehnhaldensleben.

Wolmirstedt. Feuer brach am Sonntag abend gegen 11 Uhr in dem Haus aus, das der Schmied Hennigsdorf bewohnt, und in dem dessen Schwiegerjohn eine Tischlerei betreibt. Die Entstehungsurache ist nicht bekannt. Rettungsfest werden muß, daß der Feueralarm völlig ungenügend war, nicht einmal geschallt worden ist. Da in es kein Wunder, wenn seitens des Feuerschutzwesens nicht alle Straßenlampen entzündet wurden. Es muß pädagogischer Lohn gegeben werden, daß sich solche Mängel nicht wieder herausstellen. Das Schadenfeuer brachere sich daher schon aus. Der Dachstuhl des Hauses ist völlig zerstört. Die gleichfalls in dem Hause wohnende Witwe Louenroth wurde vom Erstickungsod geteilt. Das nachbarliche Grundstück von Altman konnte dem Feuer frei gehalten werden, dennoch ist ein Teil des Stiebel eingestürzt.

Mehnhaldensleben. Metallarbeiter-Verband. Am Donnerstag den 17. September, abends 8 Uhr, findet im Gasthof zur Eisenbahn eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

Nordgermerleben. Kornbrand. Am Donnerstag abend gegen 9 Uhr brannte ein Weizenstoppel des Gutbesizers E. Vertram vollständig nieder. Ein bösig daneben stehender Weizenstoppel ist dem Feuer verschont geblieben, da der Wind von der entgegengesetzten Seite kam. Die Feuerwehr war sehr schnell zur Stelle. Es wird vermutet, daß Brandstiftung vorliegt; die Untersuchung ist eingeleitet.

Wolmirstedt. Richard Kammer Segräbis. Während in Heidelberg der Parteitag zusammenkam und in Sarnberg die Republikaner für die Republik demonstrierten, trugen wir Richard Kammer in seiner Heimatstadt Sarnberg zur letzten Ruhe. Nur wenige in seiner Heimat wissen, was die Völkler Republikaner an diesem aufrechten Manne verloren haben. Der Haß der Reaktionäre aber verjagt den Mut über das Grab hinaus. In der Gemeindevertreter-Sitzung haben es die Vertreter des Reichshofes abgelehnt, auf Kosten der Gemeinde einen Delegation zum Begräbnis des verstorbenen Mannes, und Gemeindevorstandes zu senden. Eine kleine schwarze Genosse gab Richard Kammer das letzte Geleit. Genosse Schürer widmete für die Gemeinde Wolmirstedt letzte Worte der Anerkennung für das, was er geleistet hat. Sein Wollen in der Wolmirstedter Gegend wird untergeordnet bleiben. Im Auftrag des Kreisbanners, der Vorsitzender des Kreisbanners und des Radfahrerverbands sprach Genosse Henschel an Grabe. Er gelobte im Namen der Freunde des Verstorbenen, ihm nachzugehen und in seinem Geiste zu wirken für das Volk.

Kreis Halle.

Halle. Die Parteiversammlung am 11. September war leider nicht so gut besucht, wie es sein muß. Zur Unterbezirkskonferenz wurde Genosse Häferer als Delegierter gewählt. Zur Kreisratswahl wurde eine rege Anwesenheit

statt; gewählt wurde Genosse Häferer. Genosse Schüler stellt den Antrag, die Unterbezirkskonferenz möge beschließen, daß bei Auffstellung der Kandidatenliste erst jeder Ort mit einem Kandidaten besetzt wird und dann die weitere Verteilung prozentual entsprechend der Einwohnerzahl vorgenommen wird. Der Antrag wurde angenommen. Zur Agitation für unsere Presse gab Genosse Duldhard bekannt, daß die Zahl der Leser auf 78 gestiegen ist. Es muß weiter für unsere Parteipresse und für Gewinnung neuer Mitglieder gearbeitet werden. Genosse Lange fordert zur Hausagitation auf. Ueber Volksfürsorge sprach Genosse Müller (Magdeburg). Jeder Arbeiter, der eine Versicherung abschließen will, wende sich an den Vertreter der Volksfürsorge. Diese bietet die Gewähr für größte Sicherheit. Genosse Häferer weist noch auf die am Orte bestehende Volksbücherei hin; Bücherausgabe findet Montags im Rathaus, eine Treppe, statt. Genosse Schüler stellt den Antrag, zur Bannerweihe für Schwarz-Rot-Gold eine Fahnenfahne zu stiften. Nach längerer Debatte wurde der Antrag angenommen. Zu der am 19. und 20. September stattfindenden Bannerweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold müssen alle Genossen erscheinen.

Stahlfabrik. Einen Ausstellung- und Werbeabend veranstaltete die Konsum-, Produktiv- und Spargenossenschaft für Bernburg und Umgebung für ihre Verkaufsstellen Leopoldshall und Stahlfabrik am Sonntag im „Koffjäger“ in Stahlfabrik, der einen außerordentlich starken Besuch aufwies. Das Hauptkontingent stellten natürlich die Frauen und die jungen Mädchen. In der Ausstellung waren in Proben die unzähligen Waren ausgestellt, die die Genossenschaft führt; das geschmackvolle Arrangement rief allgemeine Inerkenntung hervor. Den ersten Vortrag hielt Geschäftsführer Genosse Baumbach. Er bewies an Beispielen, daß im allgemeinen die Waren der Genossenschaft billiger als in andern Läden sind und führte aus, daß unsere Feinde nicht eigentlich die Kleinhandlcr, sondern die kapitalistischen Produzenten sind. Daher unsere Bemühungen um Eigenproduktion. Schon betreibt die G. G. U. (Großhandlungsgesellschaft) 25 sehr bedeutende Fabriken, aber es müßten noch viel mehr werden, und um das zu erreichen, müssen die Konsumvereine gestärkt werden. Der Redner kam auf die eignen Betriebe der Bernburger Genossenschaft zu sprechen und erwähnte namentlich die großartige Bäckerei, deren Leistungsfähigkeit jetzt erst zu 50 Prozent ausgenutzt werde. Er gedachte dabei der Stahlfabrik Frauen, die zünftig die Anlagen besucht und bewundernd betrachtet haben und schloß mit der Aufforderung zum Beitritt zur Genossenschaft und mit der Mitteilung, daß für das letzte Geschäftsjahr 4 Prozent Rückvergütung erzielt sind, die dem Geschäftsanteil zustießen. Der Lagerhalter von Leopoldshall, Genosse Münder, erwähnte im Anschluß an diesen Vortrag noch einige lokale Angelegenheiten und dann trat die Kaffeepause ein, in der die Erscheinenden mit Kaffee und Kuchen bewirtet wurden. Es war keine leichte Arbeit, diese große Menschenmenge zu bedienen, aber viele fleißige Hände bewältigten sie doch mit überraschender Schnelligkeit. Danach hielt der Sekretär der Hahersleber Genossenschaft, Genosse Schulz, einen mit Humor gewürzten und durch zahlreiche Lichtbilder unterstützten Vortrag, der das lebhafteste Interesse und Bewunderung erregte. Die Lichtbilder zeigten die Fabriken der G. G. U., insbesondere die Maschinen, die bei den verschiedenen Produktionsprozessen zur Anwendung kommen. Der Redner schloß mit einer Werbung für das wirtschaftlich-gewerkschaftliche Versicherungsunternehmen, die Volksfürsorge. Die Anwesenden waren hochbefriedigt über das Gesehene und Gehörte. Die Jugend vergnügte sich am Tanze. Dieser anregende und interessante Abend war ein großer Erfolg für den Konsumverein. — Eine Stadtkonferenz findet in diesem Monat nicht statt.

Stadtfreis Hahersleben.

Hahersleben. Eine öffentliche Versammlung, einberufen von der Friedensgesellschaft, dem Reichsbanner und dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, findet Mittwoch den 18. September, abends 8 Uhr, im „Härtchenhof“ statt. Es spricht Kapitän A. D. Perzian über „Von kaiserlichen Geopfirger zum Republikaner“. Die Versammlung ist die Antwort auf Preisverleumdungen durch rechtsradikale Leute. Der Stahlfabrik und Dr. Kunkel, die Perzian in der Leffentlichkeit angegriffen haben, sind besonders eingeladen. Kein Republikaner darf fehlen. — Berufsberatung. Eltern und Vormünder, deren Kinder und Mündel das letzte Jahr die Schule besuchen, beschäftigen jetzt besonders die Frage, welchen Beruf der Junge oder das Mädchen ergreifen soll. Die Frage der Berufswahl ist sehr wichtig; in den Arbeitsnachweifen sind deshalb Berufsberatungsstellen eingerichtet, wo den Eltern und Vormündern sowie auch den Jungen und Mädchen Auskunft über alle Berufsfragen erteilt wird. Die hiesige öffentliche Berufsberatungsstelle befindet sich beim öffentlichen Arbeitsnachweis auf dem Markt und ist jeden Donnerstag von 6 bis 8 Uhr abends geöffnet. Die Anstufung und Hilfsdienste der Berufsberatungsstelle sind völlig unentgeltlich.

Hahersleben. Schuß der Betriebsratsmitglieder. In einem hiesigen größeren Werke wurde im vergangenen Jahr ein Mitglied des Angefelltenrats ohne Zustimmung des Gesamtbetriebsrats entlassen. Der Geforderte erhob Klage beim Kaufmannsgericht mit dem Antrag, daß die Kündigung wirksam sei. Die beklagte Firma wendete dagegen ein, daß die Kette, wenn auch nur zeitweilig, stillgelegt worden seien. Einmal sei die Kündigung wegen dieser Stilllegung erforderlich gewesen, dann habe auch infolge dieser Stilllegung der Betriebsrat nicht mehr bestanden. Das Kaufmannsgericht kam zu der Entscheidung, daß der Gesamtbetriebsrat noch bestünde und die dem Arbeiter ausgesprochene Kündigung unwirksam sei. Hiergegen legte die beklagte Firma Berufung beim Landgericht in Halberstadt ein. Aber auch dieses kam zu einer Verurteilung der Firma und Verwarf der Berufung. Die Gründe sind sehr bemerkenswert. Wenn auch so heißt es da, eine Stilllegung der auf die Herstellung der Produkte gerichteten Betriebsteile hatigegehenden hat, so bleiben doch die kaufmännischen Angestellten in ihren Stellungen. Nach dem Betriebsratsgesetz ist eine Entlassung nur dann „erforderlich“, wenn die geforderten Betriebsratsmitglieder in den übrigen Betriebsabteilungen nicht entsprechend ihrer bisherigen Tätigkeit beschäftigt werden können und ihre Weiterbeschäftigung auch nicht beizugung ermöglicht werden kann, daß andre Arbeitnehmern entlassen werden. Daß der Kläger nicht weiter beschäftigt werden konnte oder der beklagte Firma die Weiterbeschäftigung nicht zugesichert werden konnte, hat diese nicht dargelegt. Es genügt auch nicht die Zustimmung des Angefelltenrats. Da Kläger auch Mitglied des Gesamtbetriebsrats war, mußte auch dessen Zustimmung eingeholt werden. Aus allen Umständen ging hervor, daß der Betriebsrat auch während der Zeit der Stilllegung des Werkes weiter bestand. Es hätte also dessen Zustimmung unbedingt eingeholt werden müssen. Nach dieser Entscheidung des Landgerichts Halberstadt kam ein Vergleich zwischen dem Entlassenen und der Firma dahin zustande, daß ersterer eine ein-

malige Abfindung von 1100 Mark erhält. Neuerdings entfiel nur Streit darüber, ob der Entlassene nicht auch noch Anspruch auf Grund eines andern Sondergesetzes zu erhalten hat, worüber ein andre auf Grund dieses Gesetzes eingeleitete Schiedsstelle entschieden hat. Zur Klärung der Rechtslage mußte jetzt ein Kaufmannsgericht Hahersleben darüber entscheiden, ob jene 1100 Mark nur eine Abfindung auf Grund der Unrechte aus dem Betriebsratsgesetz darstellten. Durch ein Urteil bejahte das Kaufmannsgericht diese Frage. Es ist daher möglich, daß jenes Sondergericht (in Halle) dem Kläger auch noch weitere Ansprüche zubilligt. Der Wert des Streitgegenstandes für diesen erneuten Prozeß wurde vom hiesigen Kaufmannsgericht auf 600 Mark festgelegt.

Ulmars.

Stendal. Die Grundvermögens- und Hauszinssteuer für den Monat September ist in der Höhe des Vormonats vom 15. bis 10. d. M. an die Stadtkassiererei, Brüderstraße, von 8 bis 12 Uhr zu zahlen. — Die Zahlung der Zusatzrente für Zusatzrentenempfänger für September erfolgt am Dienstag den 15. September, von 9 bis 1 Uhr nachmittags. — Nicht Friedrich-Ebert-, sondern Götterstraße. Durch Neubauten ist eine neue Straße entstanden; die Verlängerung der Weinbergstraße. Diese Verlängerung soll in eigenem Namen benannt werden. Die Polizeiverwaltung genehmigt bekannt, daß die neue Straße Götterstraße heißen soll. Vor einigen Monaten drängte unsere Fraktion im Stadtparlament darauf, eine Straße unserer Stadt nach dem Namen Friedrich-Eberts um- oder neuzubenennen. Die Antwort wurde ihr von reaktionären Oberhaupt zuteil, natürlich ablehnend mit dem Vermerk, die Polizeiverwaltung wolle sich vorbehalten, eine Straße mit dem Namen des ersten deutschen Reichspräsidenten neu- oder umzubenennen. Jetzt war der Polizeiverwaltung die Möglichkeit gegeben, ohne weiteres dem Wunsche der Sozialdemokraten nachzukommen. Anscheinend richtet man sich nach den Worten des selbstherrlichen Magistratsgewaltigen, der in einer Stadtkonferenz Sitzung zum Ausdruck brachte: „Ein großer Teil der Bürger könnte sich an drei Namen töfen.“ Auf reaktionäre Maulhelden nimmt man Rücksicht, Republikaner achtet man nicht. So kennzeichnet auch dieses Vorgehen der Polizeiverwaltung auf die heimliche ihre Einstellung zur Republik und ihrer Verfassung. Bei der kommenden Wahl muß die Arbeiterschaft durch Abgabe der richtigen Stimmzettels diese reaktionäre Macht brechen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Stendal. Am Mittwoch abend 8 Uhr treffen sich sämtliche Kameraden, die am Sonntagabend nach Bernburg fahen, im Raum des Sekretariats, Brüderstraße 16.

Bereine und Versammlungen.

Die Mieter wehren sich!
Die Bezirksgruppe Mittelstadt Süd des Magdeburger Mietervereins hielt am 11. September in der Luisenschule ihre überaus zahlreich besuchte Monatsversammlung ab, in der Sekretär Piank über „Die kommende Friedensmiete“ referierte. Nach dem Ausdruck des Reichskanzler Luther im Sommer 1924, daß der Hauswirt mit 66 Prozent Friedensmiete wieder eine gute Rente hat, ist es geradezu ein Verbrechen, wenn die jetzige Regelung der Mieterhöhung immer weiter abbaut und den Hauswirts Monat für Monat immer höhere Prozente der Friedensmiete bewilligt. Durch das Vorgehen der Regierung werden gerade die Betroffenen, die Leben und Gesundheit, Hab und Gut für das Vaterland geopfert haben. Auch den Kinderreichen wird es schmerz werden, ihre Wohnung zu erhalten. Aber wie die Sparcer und Kleinrentner, so sind auch die Mieter von den jetzigen Regierungsparteien betrogen. Darum ist es Pflicht eines jeden Mieters sich nur den Parteien anzuschließen, die sich für die Mieter im Reichstag einsetzen. Der Redner fand reichen Beifall. Der Vorsitzende Herrfurth legt darauf folgende Entschliekung vor:
„Die am 11. September in der Luisenschule tagende Bezirksversammlung der Ortsgruppe Süd des Mietervereins Groß-Magdeburg erhebt schärfsten Protest gegen die Vorlage der Reichsregierung auf Abänderung des Mietergesetzes. Die Versammlung stellt mit Befremden fest, daß trotz steigender Wohnungsnot und lediglich infolge des ungeitimen Drängens des Hausbesizers der Mieterhöhung abgebaut werden soll. Sie erblickt darin das Ergebnis eines politischen Kompromisses, dessen Kosten der deutsche Mieter aufzuerlegen werden sollen. Die Mieterschaft ermahnt, daß die Reichsregierung endlich dazu übergeht, ein zeitgemäßes, soziales Wohnrecht zu schaffen, statt dessen wird nur die Verlängerung des durchaus verbesserungsbedürftigen Mietergesetzes um ein Jahr beabichtigt. Die Versammlung lehnt die Regierungsverlage als untragbar ab und fordert deren Zurückziehung vor dem Wiederkommen des Reichstags.“
Die Entschliekung fand einstimmig Annahme. Da der 1. Vorsitzende Herrfurth am 1. Oktober Magdeburg verläßt, wurde Gustav Lude zum 1. Vorsitzenden und Paul Springer zum Kassierer gewählt. Nachdem noch mehrere Rechtsfragen vom Sekretär Piank beantwortet worden waren, wurde die interessante Versammlung geschlossen.



Was lese ich?
Neu eingetroffen:
Bastmann. Allerhand Sprechbühnen. M. 350. — Reichstagsbandbuch, 3. Wahlperiode 1924. M. 21.00. — Der Dom zu Köln. M. 2.00. — Goethe, Hermann und Dorothea. M. 0.40. — Schiller, Don Carlos. M. 0.80. — Auswertungsgesetz. M. 0.40. — Zehringers Kochbuch. M. 2.50. — Das neue Jille-Album. M. 1.50. — Aus dem Archiv des großen Saules: Der Raubmörder, Veroffentlichung. Die Giftmörderin Edergatt. M. 3.80. — Johann Georg Graefel. M. 3.80. — Sozialismus und Kapitalismus. M. 1.20. — An der Wende des 19. Jahrhunderts, von Dr. W. Engelhardt. M. 1.60. — Die Ueberfahrt am Schreyenstein. Eine Fahrt in die Kunst, von Adolf Sebne. M. 1.80. — Puppenpiele für das Rasputintheater. M. 0.75.
Wieder vorrätig:
Paul Joch: Das tolle te Herz. Vier Erzählungen. Seinen. M. 1.50. — F. Zamoite: Daniel auf der Sonleiter. 300 Seiten. Seinen. M. 5.00. — E. Diehl: Eido. Der Roman eines deutschen Seemanns. 350 Seiten. Gansleben. M. 6.00. — F. Anders: Doktor Dittmüller und sein Gefährt. 200 Seiten. Gansleben. M. 7.00. — E. Kraft: Vom Kampfplatz zum Kampfsport. Eine Geschichte des Sports. M. 1.00. — E. R. Müller: Die Lebensbedingungen eines Bauern. 300 Seiten. M. 3.60. — Puppentheater. M. 1.60. — Fr. v. Schiller: Gedicht von der Glocke und andre Gedichte.

PALEMMIN NUR ECHT IN TAFELPACKUNG MIT SCHRIFTZUG: **Dr. Schlink**
DAS REINE KOKOSFETT

dazu gegeben zu haben. Der Konflikt in Sachen ist deshalb so scharf geworden, weil man den Organisationen in Sachen keine Mitteilung davon gemacht hat. Trotz aller Anpassungen hat der Parteivorstand das bis heute verschwiegen. Es ist ein unhaltbarer Zustand.

daß der Parteivorstand einer Körperschaft der Partei-Weisungen gibt, ohne daß die zuständigen Organisationen davon erfahren. Nimmere hat es Verträge so umgedreht, als ob die sächsische Parteigenossenschaft gegen den Parteivorstand eingestellt sei. Nein, was wir verlangen, ist nur, daß der Parteivorstand bei seinen Maßnahmen in ständiger Fühlung mit der zuständigen Organisation bleibt. Aber wenn der Parteivorstand zur Bildung der großen Koalition geraten hat, so galt dieser Ratsschlag doch nur für die gegebene politische Situation und kann unmöglich die Verewigung der großen Koalition begründen. Die Stellung der Partei zur großen Koalition hat ja überhaupt sich seit dem Berliner Parteitag geändert, der ausdrücklich beschlossen hat, daß Koalitions-politik nicht einseitig auf Kosten der Arbeiterklasse betrieben werden darf. Auch der Beschluß des Berliner Parteitags für Sachen sollte nur gelten, solange die augenblickliche politische Situation die Auflösung des Landtags unmöglich machte. Die organisatorischen Beschlüsse des Berliner Parteitags haben wir in das sächsische Organisationsstatut aufgenommen und damit diesen Teil des Statutes erledigt. Aber unmittelbar nach dem Berliner Parteitag ließ die Maßregelungen der fähigsten Beamten ein, die vorbehaltlos auf dem Boden der Republik standen und deren Berufung ihnen den Haß der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Volkspartei, eingetragen hatte. Nachdem mehrere Versuche gescheitert waren, diese auf Wunsch der Deutschen Volkspartei erfolgten Maßnahmen im Kreise der Organisationen zu besprechen, haben die Landesinstanzen mich beauftragt, unsere Beschwerde in den Parteizeitungen zu veröffentlichen. Wir waren uns darüber klar, daß die Deutsche Volkspartei eine völlige Veränderung der Personalpolitik gefordert und durchgeführt hätte. Gegen unsere Anlagen erschien dann die Held-Broschüre. Sozialdemokratische Minister sind manchmal gezwungen, sich in den Parlamenten schüßend vor bürgerliche Beamte zu stellen. Wir aber haben unsere eigenen Parteigenossen heruntergerissen. (Gelbst: Das habt Ihr provoziert!) Dabei ist trotz der Beschwerde von Unwahrheiten und Selbst hätte leicht die Möglichkeit gehabt, aus den Akten die Wahrheit festzustellen. Die Deutschnationalen haben die

Held-Broschüre in Massen verbreitet und die bürgerlichen Parteien haben seitdem fest auf die Spaltung der Partei gerechnet. Aber die Sozialdemokratische Partei Sachsens lehnte mit aller Entschiedenheit jeden Gedanken an Spaltung ab, denn die Interessen der Partei stehen uns höher als die Interessen einzelner Personen. (Lebhafter Beifall.)

Wo stehen wir nun? In Sachen ist die Demokratie abgebaut worden, die Beamtenpolitik rückwärts gegangen, die Justiz der Reaktion ausgeliefert. In die Organisation hat man den Streit hineingetragen durch Broschüren, besondere Zusammenkünfte, Unterschriftenaufforderungen auf den Gewerkschaftskonferenzen. Dabei wäre es falsch zu glauben, daß deshalb die sächsische Parteipresse und die sächsische Organisation nicht mehr auf der Höhe wären. Berlin hat 4 Millionen Einwohner und 40 000 Parteimitglieder, Sachsen knapp 3 Millionen Einwohner und 188 000 Parteimitglieder. Das ist das Verdienst der Landesinstanzen, welche die Partei geschlossen erhalten haben. Auf dem Dresdner Parteitag hat August Bebel auseinandergelegt, daß der einzelne Parteigenosse in Mandat und Amt nur als Beauftragter

der Partei hineingeht und der Partei verantwortlich bleibt. Diese Verantwortlichkeit ist in Sachen zerstört worden, weil die 23 Gläubigen, zum Teil gestützt auf den Parteivorstand, Politik gegen die Organisation treiben zu können. Ein solcher Zustand ist untragbar. Der Parteitag muß seine Entscheidung fällen in dem Sinne, daß nicht jeder selbstherrlich Politik treiben darf, sondern der Organisation voll verantwortlich bleibt. Diese Verantwortlichkeit wiederherzustellen, ist keine Archiwinkelsache, sondern eine politische und organisatorische Forderung, auf deren Durchsetzung wir in der Partei in Sachen und im ganzen Reich bauen. (Lebhafter Beifall und Handklopfen bei den sächsischen Delegierten.)

Danach erklärt Wels, Bethge und Stellung das Wort zu persönlichen Erwidern nicht geben zu können. Sie stellen sich in der Sachsenkommission auf. Natürlich dürfen aus dem Schweigen und der Verweigerung an die Kommission keine Schlüsse gezogen werden. Insbesondere stelle er gegenüber Lipinski fest, daß der Parteivorstand nie im Widerspruch zum Willen der Gesamtpartei im Sachsenkonflikt gehandelt habe, sondern seine Ratsschläge stets gegeben habe im Einklang mit dem Willen insbesondere der Mehrheit des Berliner Parteitags. (Beifall.)

Damit ist die Debatte über den sächsischen Konflikt vorläufig abgeschlossen. Die Sachsenkommission trat sofort zusammen. Die allgemeine Debatte über den Vorstandsbericht wird am Dienstag vormittag 9 Uhr fortgesetzt.

Hauptversammlung des Deutschen Monistenbundes.

Vom 4. bis 9. d. M. fand in Koburg die Tagung des Deutschen Monistenbundes statt. Er vereinigt in seinen Reihen hervorragende Gelehrte der unbeflügelten naturwissenschaftlichen Forschung und die Führer der freigeistigen Bewegung. Sein Ziel ist, unermüdet dafür zu arbeiten, daß sich Weltanschauung und Gesellschaftsordnung der Menschheit nach den Forderungen der Wissenschaft regeln. Der Bund beschränkt seine Tätigkeit nicht auf stilles Wirken in der Studierstube, sondern greift rüchtlungsbekend in die deutsche Kulturpolitik ein. Deshalb werden die jährlichen Hauptversammlungen im ganzen Reich mit dem größten Interesse verfolgt. Wir haben sogar die Pflicht, uns mit den Ergebnissen der Tagung zu beschäftigen, da der Deutsche Monistenbund in seinem Programm von 1920 ein lares Bekenntnis zum Sozialismus aufgenommen hat und vorbildlich durchführt.

Die gut vorbereitete Tagung nahm einen glänzenden Verlauf. Und es wäre sehr zu wünschen, daß von der alten herrlichen Feste Koburg, wo die Versammlung tagte, wieder etwas Licht in das reaktionäre Bayern dringen möge. Vor ungefähr 400 Jahren war es Martin Luther, der von der Feste aus die Freiheit unsers Geistes verkündigte. Jetzt ist es der Monismus. So ist die Entwicklung ihren Weg gegangen. Leider ist freigeistige Bewegung noch viel zu wenig in die Reihen der Arbeiter-schaft gedrungen.

Es ist für einen Zeitungsbericht ganz unmöglich, auch nur annähernd den Gedankengang der vielen Vorträge wiederzugeben. Drei Vorträge seien hier kurz erwähnt, die für uns von hervorragender Bedeutung sind. Der dritte Ehrenpräsident des Bundes, Dr. A. Goldschied (Wien), sprach über

Weltanschauung und wissenschaftliche Erfahrung.

Die ersten Götter wurden von den Menschen gebildet nicht aus Sehnsucht nach dem herrlichen Leben im Jenseits, sondern aus Angst vor der mächtigen, damals unerklärlichen Natur. Je mehr die wissenschaftliche Erkenntnis voranschritt, desto einfacher wurde die Gottesvorstellung. Von dem einen persönlichen Gotte kam man dann heute zum unerforschlichen, unbekannten Gotte. Diese mythische Ansicht bedeutet bereits eine Auflösung des Gottesbegriffs. Bei der Vorstellung des Bösen durch den Teufel ist sie schon vollends durchgeföhrt. In die Existenz des persönlichen Teufels glaubt auch fast kein kirchlicher Christ mehr. Dagegen wird an der Personalisierung des Guten durch einen Gott von der Kirche noch zähe festgehalten. Doch sind natürlich alle ihre Gottesbeweise wissenschaftlich unhaltbar. Sie erklärt sie dann einfach wie ein unschuldiges Kind durch den Glauben, durch die Tatsache des persönlichen Lebens. Das ist natürlich ganz willkürlich und kann keinen Anspruch auf allgemeine Gültigkeit haben. Die Unmöglichkeit der kirchlichen Beweisführung läßt sich an jedem Dogma ausführen. Es sei als Beispiel nur gefragt, wie jemand die unbestechte Empfängnis an sich erleben will.

Warum gehen Gott und Nation immer zusammen? Der Gottesgedanke ist jederzeit ganz willkürlich festgesetzt worden und hatte nur immer Gültigkeit für eine bestimmte Partei. Deshalb ist das Denken mit Parteizwang ein Zeichen des Kirchentums. Im Kriege hat ja auch jede Kirche von ihrem Gotte den Sieg über den Feind erwartet. Die Geschichte aller Menschen hängen zusammen. Wir werden es am deutlichsten am wirtschaftlichen Zusammenhange. Der einzelne Mensch muß aufgehen in dem Ganzen, muß ein Sozialist sein. Mitgefühl, Liebe und Freude sind ein Stütz unserer sozialen Lebens. Wie die Vernunft die Weltanschauung bildet, so muß auch die Staatsform davon abhängig sein. Der monistische Staat ist die sozialistische Demokratie.

Genosse Heinrich Ströbel (Berlin) führte denn diese Gedanken weiter in seinem Vortrag Kultur — Sozialismus

Der Kapitalismus erzeugte die Oberflächkultur des heutigen Menschen, deren Merkmal die starken Gegensätze sind: Reichtum und Armut, Kunst und Verwerflichkeit usw. Der Sozialismus bejaht die Grundlagen der Zivilisation, fordert aber einschneidende Veränderungen. Die heutige Wirtschaftskrise kann nur durch den Sozialismus gelöst werden; selbst die Kapitalisten geben zu, daß ein neuer Krieg ein zu großes Risiko bedeutet. Der Erwerb muß in den Dienst der Menschheit gestellt werden, wie es der amerikanische Milliardär Ford ausdrückt. Der Arbeiter muß am Gewinn direkt beteiligt werden. Arbeitszeit und Arbeitsmethode müssen im Sinne einer internationalen Bedarfswirtschaft geregelt werden.

Wir sehen heute erst am allerersten Anfang der Demokratisierung. Der Klassenkampf bedeutet nicht Klassenhaß und blinde Gewalt, sondern organisiertes Vordringen der sozialistischen Menschheit. Die Demokratisierung soll den sozialen Ausgleich friedlich vor sich gehen lassen. Die Masse muß sich noch viel mehr mit Politik und Kulturfragen beschäftigen.

Im Brennpunkt steht die Jugend-erziehung. Die konfessionelle Schule ist unmöglich; ja, doch schon Luther von ihr, daß sie den Zweck hat, „geistlich Stand und weltlich Regiment zu schützen“. Wir brauchen die bekenntnisfreie, weltliche Einheitschule. Dem Arbeiter muß Zeit zur Weiterbildung gegeben werden. Die Kunst erfährt durch den Sozialismus einen neuen Aufschwung. Er birgt eine Vertiefung der seelischen Konflikte. Der Sozialismus schafft neue Kunstgemeinden und gibt dadurch dem Künstler die Möglichkeit einer größeren Betätigung. Es ist eine Kulturfrage der heutigen Welt, daß sie für Nützlichkeitszwecke Anstalten ausgibt und für Kunst und Erziehung nur ganz wenig übrig hat.

Noch ist der Sozialismus in seiner freien Betätigung gehemmt, da er die Frage zu lösen hat. Aber er muß darüber hinauskommen und sich reiner Kulturarbeit widmen. Dazu bedarf es der Einsicht und des Willens der Menschheit.

Von der Arbeit in den Delegiertenversammlungen seien auch nur zwei Punkte erwähnt. Der deutsche Monismus bekennt sich wie immer zum Sozialismus. Er ist aber als reine Kulturorganisation parteipolitisch neutral. Er kann also reaktionäre oder kommunistische Antriebe in seinem Kreise nicht dulden.

In der Schlußfrage wurde in mehreren längeren Ansprachen zu dem neuen Entwurf zum Reichsschulgesetz Stellung genommen. Er wurde als völlig unbrauchbar verworfen, da er eine unglaubliche Bevorzugung der Konfessionsschule darstellt. Es wurde ein Protest an alle maßgebenden Stellen versandt, den man mit den Worten zusammenfassen kann: In der Reichsversammlung ist die völlige Freiheit des Staatsbürgers in Sachen des Glaubens und der Weltanschauung festgelegt und daraus das Erziehungsprinzip der Schule abgeleitet. Deshalb haben alle Diffidenten und Bekenntnisfreien ein Recht, mit allem Nachdruck die Einrichtung von bekenntnisfreien, weltlichen Schulen zu fordern, die mit denselben Rechten und Entwicklungsmöglichkeiten wie die Bekenntnisschulen auszustatten sind. — Alle Sozialisten haben sich für die weltliche Schule einzusetzen, denn sie allein ist die Schule der werdenden Gesellschaft.

Gesamteindruck der Tagung: Sie hat bewiesen, daß die wissenschaftlich eingestellte (freigeistige) Weltanschauung die Grundlage des Sozialismus ist. Daraus ergibt sich aber für den Sozialismus die Notwendigkeit, daß er nach wissenschaftlichen Methoden arbeitet. Leider ist das noch nicht immer der Fall.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Allgemeine deutsche Postgewerkschaft.

Die Abteilung Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonal des Deutschen Verkehrsverbandes und die Allgemeine Postgewerkschaft haben auf einer gemeinsamen Reichskonferenz ihrer Delegierten am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus die Schaffung einer Einheitsorganisation aller im Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst Beschäftigten unter dem Namen Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft (Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsverband) beschlossen. Durch diesen Zusammenschluß ist die Einheitsfront der freigewerkschaftlichen organisierten Postbeamten, Arbeiter und Angestellten geschaffen und damit der Weg frei gemacht zu einer kraftvollen Gestaltung der freigewerkschaftlichen Bestrebungen innerhalb des Postpersonals. Der in besondern Tagungen beider Organisationen vorbereitete Schlußentwurf wurde auf der gemeinsamen Reichstagung mit 168 gegen 4 Stimmen angenommen. Dieses Ergebnis wurde allgemein als ein Zeichen weitgehender Verständigung zwischen den aus allen Teilen des Reiches erschienenen Delegierten aufgefaßt und mit starkem Beifall begrüßt. Die Ausführungen des Vorsitzenden des Deutschen Verkehrsverbandes Schumann und des Vorsitzenden der Allgemeinen Postgewerkschaft Uhr beendeten den festen Entschluß, nunmehr die freigewerkschaftliche Idee innerhalb der Deutschen Reichspost gründlich zu verbreiten.

Der Wahlvorschlag fand einstimmige Annahme. Die neue Reichsleitung besteht aus den Kollegen Bender, 1. Vorsitzender, Uhr, 2. Vorsitzender. Als Schriftleiter des Organs der neuen Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, „Post und Telegraphie“ wurden Brunner und Nied gewählt.

Der Vertreter des ADW, Kobur fand mit seinen Ausführungen, in denen die Verschmelzung beider Organisationen als geschichtliche Tat gefeiert wurde, begeisterte Zustimmung. Er wies darauf hin, daß der unter den Reichsbannern vor kurzem erfolgte Zusammenschluß zum Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands durch die jetzt erfolgte Verschmelzung innerhalb der Reichspost einen Abschluß zur freigewerkschaftlichen Umfassung der in den Verkehrsbetrieben Eisenbahn und Post Beschäftigten bedeute.

In der Zeit schwerer wirtschaftlicher Kämpfe bedeutet das Zusammengehen von Gehalts- und Lohnempfängern der Deutschen Reichspost ein beheizungsvolles Zeichen gewerkschaftlicher Solidarität. Die Verbindung erfolgt in richtiger Erkenntnis der notwendigen einheitlichen Kampfstellung. Der Wille zur Abwehr wird von neuer Kraft getragen. Die freigewerkschaftliche Idee aber wird unter den noch abseits stehenden Kollegen und Kolleginnen der Deutschen Reichspost ihre neue Werbestraft nicht verfehlen.

Löhne und Verkaufspreise in England.

Im amtlichen englischen Arbeitsblatt für August wird von tariflichen Abmachungen berichtet, bei denen ein automatischer Ausgleich der Löhne an die Verkaufspreise bestimmter Waren vorgesehen ist. Diese Art Lohnabkommen ist, abgesehen vom englischen Kohlenbergbau, für rund 220 000 Arbeiter im Eisenerzbergbau, in den Eisen- und Zinkhütten und in Kokerien abgeschlossen. Es handelt sich dabei um reine Werklarife, wie sie in England noch sehr häufig abgeschlossen werden.

Diese Art von Löhnen sind in fast allen Industriegebieten Englands gegenwärtig in Geltung. In der Liste der Waren, oder besser gesagt der Industrieerzeugnisse, nach deren Verkaufspreis sich die Löhne regeln, finden sich am häufigsten: Roh Eisen, Stahlschienen, Resselplatten, Eisenbarren, Nöhren, Bleche, Koks und der Kleinhandelspreis für Kohle. Besonders erwähnt wird z. B. ein Vertrag der Koksarbeiter in Durham. Hier werden bei einem Kokspreis von 25 Schilling für die Tonne 40 Prozent Zuschlag zum Standardlohn gezahlt. Steigt der Preis um 6 Pennen, so ändert sich der Lohnzuschlag um 1 Prozent. Die Arbeiter sind berechtigt, durch eigene Rechnungsprüfer die Bücher der Unternehmer einzusehen. Der Ausgleich zwischen Warenpreis und Lohn erfolgt monatlich einmal. In den Erzgruben in Cleveland findet vierteljährlich eine gemeinsame Konferenz von Unternehmern und Arbeitern statt; für die Lohnregulierung ist hierbei der Roh Eisenpreis ausschlaggebend. Im allgemeinen sind jedoch Preise und Löhne ganz einfach miteinander verknüpft, so daß sich besondere Rechnungen erübrigen.

Die Art der Lohnartef, wie sie in England vielfach üblich sind, hat sich in Deutschland nicht bewährt. Durch sie wird das Interesse der Arbeiter eines einzelnen Werkes oder Konzerns an hohen Preisen des Endprodukts zum Schaden der Allgemeinheit der Verbraucher und vor allem der übrigen Arbeiter-schaft gesteigert. In England liegen die Verhältnisse insofern anders und günstiger, als der Preisfestsetzung des einzelnen Unternehmens viel enger Grenzen gezogen sind, weil die englische Industrie bei weitem nicht die starke Kartellierung und die damit verbundene monopolartige Preisfestsetzung kennt wie Deutschland.

Die Schiedssprüche für Reichsarbeiter und Eisenbahner. Die am Reichsarbeiter-tarif Beteiligten haben in einer noch-maligen Aussprache am Montag vormittag, in der das ganze für und Wider eingehend erörtert wurde, trotz schwerer Bedenken in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage dem am 10. September gefällten Schiedsspruch ihre Zustimmung gegeben. Ueber die Revision der Lohnzahlen finden am Dienstag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. In der Lohnregulierung für die Reichsarbeiter gibt es keine eigentlichen Ortszulagen, sondern für jeden Bezirk bestimmte Lohnzahlen. Der Schiedsspruch fordert, daß diese Zahlen nachgeprüft und dort, wo eine Einigung nicht möglich ist, durch Schiedsspruch geklärt werden. Das ist ein kleines Zugeständnis, durch das sich der Schiedsspruch für die Reichsarbeiter zu seinem Vorteil von dem für die Eisenbahner unterscheidet, die den Schiedsspruch abgelehnt haben.

Schiedsspruch für die rheinisch-westfälischen Straßenbahner. Im Lohnstreit der Straßenbahner Rheinlands und Westfalens wurde am 14. September ein Schiedsspruch gefällig, der den bisherigen Lohnsatz für die Zeit vom 1. August bis zum 14. September in Kraft setzt, den Spitzenlohn vom 15. September 1925 an um 5 Pf. und die Zulage für die Rassenjahaffner und die ständigen Fahr-scheinausgeber vom gleichen Zeitpunkt an um 10 Pf. pro Arbeitstag erhöht. — Erklärungsschrift bis einschließlich 22. September.

Neue Verhandlungen im Bankgewerbe. Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mittelst, sollen im Laufe dieser Woche erneute Beratungen im Reichsarbeitsministerium über die durch den Schiedsspruch vom 27. August im Bankgewerbe geschaffene Lage stattfinden. Vorläufig ist hierzu der 17. September in Aussicht genommen.

Verlängertes Arbeitszeitabkommen. Der Unternehmerverband und die Metallarbeiterorganisationen der nordwestlichen Gruppe haben auf die Kündigung des Arbeitszeitabkommens verzichtet.

Ein Sieg der freien Beamtenliste. Die Beamtenaus-schü-mahlen im Bereich des Stadtdirektors von Gera brachten einen Sieg der freigewerkschaftlichen Liste des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes. Während der A. D. B. 122 Stimmen auf sich vereinigen konnte, erhielt die Liste des D. B. B. nur 97 Stimmen. Im neuen Beamtenaus-schü werden demnach 7 Mitgliedern des A. D. B. nur 6 des D. B. B. gegenüberstellen.

Kapitalistische Drückereierei. Mit der rechtzeitigen Abführung der Beiträge an die Ruhrknapp-schaft nehmen es in den letzten Monaten viele Werke nicht genau. Nach Mitteilung der „Bergarbeiterzeitung“ ist die Ruhrknapp-schaft sogar gewonnen gewesen, mit Zwangsmitteln gegen die Säumigen bezug-zogen. Einer der hartnäckigsten Schuldner war die Gewerkschaft Thuyen. Sie schuldet der Knapp-schaft 6 Millionen Mark und führte in den letzten Monaten überhaupt keine Beiträge ab. Erst nachdem in der letzten Vorstandssitzung beschlossen wurde, die Zwangsvollstreckung gegen die Gewerkschaft einzuleiten, hat sie sich bereit erklärt, die laufenden Beiträge künftighin abzuführen und mit der Abtragung der Schuld zu beginnen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Büdo lohnt sich!
Gerade weil es so ausgiebig ist und so schnell Hochglanz erzeugt! Ihre Schuhe halten auch viel länger. An Qualität kommt ihm nichts gleich. Es gibt nichts Besseres für Ihre Schuhe!

Ein berufener Vermittler für alle erdenklichen persönlichen und geschäftlichen Angelegenheiten ist die **kleine Anzeige in der Volksstimme.**
Ihre große Verbesten, in allen Bevölkerungs-schichten fördert den „kleinen Angelegen“ den gewöhnlichen Erfolg.

Also keine Aufregung
Füli bleibt Füli!
 Aber wir bringen außer einem Prachtfilm
ab heute
 die größte Attraktion der
Varieté Bühnen
Silvester Schäffer



Der weltberühmte Universalkünstler wird Sie mit folgenden Darbietungen überraschen:

- | | |
|--|---------------------------|
| 1. Illusionen | 6. Kunstschießen |
| 2. Jap. Jongleur | 7. Violin solo |
| 3. Gimalerei | 8. Amerik. Straßenmusik |
| 4. Harlekinade | 9. Olympische Spiele |
| 5. Hohe Schule auf dem Vollblut „Heimatland“ | 10. Apotheose „Siegfried“ |

Jede Nummer in einer anderen prachtvollen Dekoration Assistenz:
Lilli Krüger von der Staatsoper Berlin



Ausserdem:
 Der lustigste aller Soldatenfilme!

Krieg im Frieden

Dieses Filmwerk ist das Gegenstück zu „Rosenmontag“ und wurde von derselben Filmgesellschaft hergestellt. Sie werden über diesen Film Tränen lachen!
 Beginn der Vorstellungen 1/5, letzte Vorstellung 1/9 Uhr
 Vorverkauf 11 bis 1 Uhr nur Füll-Kasse
 Besuchen Sie die Nachmittagsvorstellung.
 In allen Vorstellungen vollkommen ungekürztes Programm
Ehren- u. Freikarten haben keine Gültigkeit

ZENTRAL
 Mittwoch — Donnerstag — Freitag
 abends 8 Uhr
 Nur drei Vorstellungen:
 Der große Erfolg!
Die Frau ohne Kuß
 Musik von Walter Kollo.
 Voranzeige!
 Um Sonnabend den 19. September
 Premiere
Das Radiomädel
 Operette in 3 Akten von Hans S. Jettelt
 Musik von Paul Weiner.
 Der Kartenvorverkauf ist eröffnet.

FÜRSTENHOF-ARKADIA
 Eingang Prälatenstraße
 8 Uhr Allabendlich 8 Uhr
 stürmischer Lacherfolg
Wenn Männer schwindeln
 Toller Schwank in 3 Akten
 Sie lachen Tränen über Elli Naerger,
 Dunkel, Claire Schierhorn, Lu Rocke,
 Lydia Lorm, Karl Matthies, Emil Lesser,
 Willi Burgkraz, Otto Blume.
 Vorverk. 11—1 Uhr, 60 u. 65 Pf. numeriert.

Reichskrone
 Jakobsstraße 42 Fernsprecher 2193
 Renovierter Festsaal
 Vereinszimmer

Wilhelmspark
 Heute Mittwoch
BALL

Frohse. Achtung! Frohse.
 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Schönebeck
 Kameradschaft Frohse.
 Am 19. und 20. September veranstaltet die Kameradschaft Frohse ihre Bannerweihe, Festlokal: Grüne Tanne.
 Sonnabendabend 8 Uhr: **Die Fackelzug**, Theater-Aufführung, zur Aufführung gelangt „Wo die Liebe hinfällt“, Lustspiel in 3 Akten von der F. v. S. Coelweiß.
 Sonntag großer Festzug mit anschließender Bannerweihe auf dem Marktplatz. Redner: Kamerad D. v. d. (Magdeburg). Anschließend: Großer Festball. Zahlreicher Beteiligung der republikanischen Bevölkerung von Frohse und Umgegend nicht entgegen.
 Das Festkomitee.

2. Sonder-Angebot
Jedes Reichsbanner-Mitglied
 sollte Käufer sein. Um die geschichtlichen Vorgänge richtig beurteilen zu können.

Scheidemann: Der Zusammenbruch, 251 Seiten
 statt 2.90 nur **2.25**

Blos: Die Französische Revolution von 1789 bis 1804, Illustriert, 632 Seiten
 statt 5.00 nur **4.50**

Heinig: Hohenzollern. Wilhelm II. und sein Haus, Der Kampf um den Kronbesitz, 183 Seiten
 statt 2.90 nur **2.25**

Zimmermann: Großer Deutscher Bauernkrieg, Illustriert, 816 Seiten
 statt 5.00 nur **4.50**

Cunow: Die Parteien der großen französischen Revolution und ihre Presse, 394 Seiten
 statt 4.00 nur **3.60**

Blos: Die Deutsche Revolution von 1848/49, Illustriert, 670 Seiten. Dieses Werk enthält die Entstehungsgeschichte der Farben Schwarz-Rot-Gold
 statt 5.30 nur **4.90**

Diese 6 Werke mit 2946 Seiten kosten statt **MT. 25.30**
nur Mt. 22.00
 Zahlbar in Raten. Bei Barzahlung das Angebot **nur Mt. 20.00**
 Nach auswärts unter Nachnahme zugänglich Porto und Verpackung.

Buchhandlung Volksstimme
 Magdeburg, Gr. Münzstraße 3.
 Modernes Antiquariat

Neustädter Lichtspiele
 Dienstag bis Donnerstag
Arabella
 Der Roman einer Schürzenweiber. Die festsame Geschichte eines jungen Mädchens und eines Pferdes.
 Darsteller:
 Die Sängerin: Rac Marj
 Der Herrentatter: Alfons Froland
 Der Artist: Fritz Raip
 Der Satberzige: Hermann Picha
Die Verwandten meiner Frau
 Grotzke in zwei Akten mit Buster Keaton
Die interessante Eriannon-Woche.
 Spielzeit: Werktags ab 6.45 Uhr. Letzte Vorstellung: 8.45 Uhr.

Stadtheater
 Mittwoch, 18. Septbr.
 Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr
 7. Abend
Don Carlos
 Dramatisch. Gedicht v. Fr. v. Schiller.
 Schülertarten haben Gültigkeit!
 Donnerstag, 17. Septbr.
 Anf. 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr
 8. Abend
Tannhäuser
 Oper v. Rich. Wagner.
 Nach Beginn der Vorstellung bleibt d. Bühnen-Zuschauerraum geschl.
Wilhelm-Theater
 Offene Vorstellung Anf. d. großen Erfolgreichen Gastspielverlängerung des Russisch-Deutschen Theaters
Der blaue Bogel
 Zeitung u. Conferencier: Direktor Zuban.
 Gemischt. Programm
Gasthaus
Anhaltiner Hof
 Brannschweigstraße 3
 Tel. 1891
Diverse Vereinszimmer
 bis 160 Personen
Walter Gronow.
 Abonnenten-Besuch in Stadt und Land, auch mit Kolonnen, bei Gehalt u. Provision sucht
Allgemeine Zeit-schrift. Verlags-A. G., Berlin W 57, Bülowstraße Nr. 6.
 Täglich selbständ. Drucker gesucht.
 Otto Grosse, Töpferstr. Schönebeck, Elastr. 23.
 Flötter, ehemaliger Arbeiterburde 15 bis 16 Jahre, sofort gesucht.
Carl Ebeling
 Gargfabrik, Schrote-Str. 26. 2712
 Cont. 14-15, Aufstärker u. alle Arbeit. 101. get. Nachsch. nach 218. Weisel, Schönebeck 8 p. r. Sacke Rosen- u. Wäsche-Aberte. Israel, Apfelstr. 2.

Allgemeine Ortskrankenkasse Burg b. M.
 Donnerstag den 24. September d. J., abends 8 Uhr, im Verkehrsraum der Kasse, Bahnhofsstraße 4
Ordentliche Ausschuss-Sitzung.
 Tagesordnung:
 1. Genehmigung der neuen Satzung.
 2. Feststellung des Voranschlags.
 3. Wahl der Rechnungsprüfer für das Jahr 1925.
 4. Sonstige Anträge.
 Die Vertreter werden hiermit gemäß § 21 der Kassensatzung eingeladen und um pünktliches Erscheinen gebeten.
 Burg b. M., den 15. September 1925.
 Der Vorstand, Karl Bruff, Vorsitzender.

Die ordentl. Generalversammlung des Spar- und Bauvereins
 E. G. m. b. H. in Magdeburg findet am Montag den 28. September, abends 7 1/2 Uhr, im Saale der „Freundschaft“, Prälatenstr. 32, statt zu der die Mitglieder gemäß § 37 der Satzung hiermit eingeladen werden. Eintritt ist nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches gestattet. Nichtmitglieder, auch Ehefrauen und sonstige Angehörige der Mitglieder, haben keinen Zutritt.
 Tagesordnung:
 1. Verlesung der Niederschrift der letzten Generalversammlung. — 2. Erstattung des Geschäftsberichts über das Geschäftsjahr 1924/25. — 3. Bericht der Prüfungskommission. — 4. Entlassung des Vorstandes. — 5. Verlesung des Gewinn- u. Verlust- u. Bilanz- u. Abrechnungsbilanzes. — 6. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
 Der Abschluß und eine den Gewinn und Verlust des Rechnungsjahres 1924/25 zumammelfestende Berechnung liegt in unierer Geschäftsstelle, Kuppelstraße 10, jeden Donnerstag vor der Generalversammlung, abends zwischen 7 und 9 Uhr zur Einsicht aus.
 Spar- und Bauverein E. G. m. b. H. in Magdeburg. Der Vorstand, E. G. m. b. H. in Magdeburg, Post-Strasse Köhler, E. G. m. b. H.

Reichsbanner
 Kaufen Ihre Garderoben u. Ausstattungen
 aller Art nur bei
Wallach, Ebnitzhofstraße Nr. 20.
 Anzüge u. 52.00 bis 73.00
 Winteranzüge u. 55.00 bis 79.00
 Regenanzüge u. 33.00 bis 44.00
 Winterhosen u. 20.00 bis 30.00
 Anzüge- u. L. Hosen u. 21.00 bis 31.00
 Bekleidungs- u. Schuhwaren-Handlung

Kreisleiter gesucht!
 Der Deutsche Landarbeiterverband sucht für die neu-errichtete Kreisgruppe Okerburg, umfassend die Kreise Okerburg und Saalkreis mit dem Dienstsitz in Okerburg, einen Kreisleiter.
 Bewerber müssen mindestens 5 Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert sein, bezugsweise Tätigkeit in der gewerkschaftlichen Verwaltung- und Organisationsarbeit Erfahrung haben. Schriftliche Bewerbungen unter Beifügung eines handschriftlich selbstgeschriebenen Lebenslaufes sind an die Geschäftsleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes Magdeburg, Neue Ulrichstraße 2, zu richten.

Winterkartoffeln
 liefert
Hermann Klutentretter
 Telephon Amt Stephan 42586 und 42585

Büchtereinzieherinnen
 stellt sofort ein
Büchtereinzieherin Walter König
 Gröner-Armst. 15

Meister und Vorarbeiter
 für Berliner Manometerfabrik zum sofortigen Eintritt gesucht. Nur Bewerber mit langjährigen Erfahrungen aus der Manometerbranche wollen Offerten mit Lebenslauf, Gehaltsansprüchen und Zeugnis-Abdrücken unter M 244 an die Expedition der „Volksstimme“.

Laden links das gute republikanische Witzblatt empfiehlt Buchhandlg. Volksstimme

Mit dem heutigen Tage bringe ich unter dem Namen
Kalmbacher Rizzibräu-Spezial
 ein Bier in den Handel, das an Güte, Beschaffenheit und Haltbarkeit den guten Ruf der Friedensqualität des Rizzibräus noch ganz bedeutend übertrifft, und daher als
Qualitätsbier allerersten Ranges
 bezeichnet werden kann. Ganz besonders zu empfehlen für Blutmänner, Rekonvaleszenten und stillende Mütter.
 In allen Gebindegrößen zu haben bei:
E. Rosenberger
 Biergroßhandlung, Berliner Str. 30/31. — Telephon 851.
 in Flaschen u. Siphons in fast allen Flaschenbierhandlungen.

Der Parteitag in Heidelberg.

Der erste Verhandlungstag des Parteitags hat ein Ende gefunden, mit dem unsere politischen Gegner wenig zufrieden sein werden. Sie alle, ob Deutschnationalen oder Kommunisten, die übrigens Herrn „Kühne“ als Beobachter nach Heidelberg entsandt haben, setzten ihre Hoffnungen auf die Auseinandersetzungen über den sächsischen Parteikonflikt. Ihre Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Gemäß stand der sächsische Konflikt am Montag im Mittelpunkt der Erörterung. Was fehlte, waren die im bürgerlichen Lager vorausgefragten Ueberraschungen. Alles ging seinen ruhigen Gang.

Mit viel Interesse wurden in der Vormittagsung die Berichte Stelling's über die Politik des Parteivorstandes entgegengenommen. Er forderte im Verlauf seiner Betrachtungen für gewisse Parteioptionen und Genossen „mehr Verantwortungsgefühl“, ohne auf die Beweisführung für die Notwendigkeit seines Verlangens zu verzichten. So hat z. B. die Frankfurter Organisation dem Parteitag einen Antrag vorgelegt, der für alle Parteivorstandsmitglieder das Vertrauen der Massen im Lande verlangt. Auf sich jedermann eine Selbstverständlichkeit, denn nur das Vertrauen hat die Genossen Müller, Wels und Crippien dort hingestellt, wo sie heute stehen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet bedeutet der Frankfurter Antrag in Wirklichkeit nichts anderes als ein

unbegründetes Mißtrauensvotum

gegen den Parteivorstand. Auch in bezug auf den sächsischen Parteikonflikt machte Stelling das Verlangen nach mehr Verantwortungsgefühl geltend. In der Tat handelt es sich hier um ein trauriges Kapitel der deutschen Partei, dessen Lösung wir alle ersehnen.

So zufriedenstellend aber auch der Verlauf der Debatte war, einen Inhaltspunkt für einen möglichen Abschluß der Differenzen hat sie leider nicht ergeben. Für die sächsische Fraktionsmehrheit sprach Vethge (Dresden), ohne die Einigungs-möglichkeit zu bestreiten. Seine Ausführungen galten nur der Abwehr, wie auch Lipinski für die sächsische Organisation lediglich die Verteidigung der von ihm und seinen Freunden verfolgten Politik im Auge hatte. So bleibt der unter dem Vorsitz des Genossen Ziering gebildeten Inter-Kommission die Aufgabe vorbehalten, die beiden Richtungen einander näherzubringen. Dieses zweifellos nicht leichte Werk dürfte aber nur dann vollkommen sein, wenn die Lösung des Konflikts, wie Genosse Stelling sagte, weder Sieger noch Besiegte auf dem Kampfplatz zurückläßt.

Der von dem Genossen Bartels erstattete Organisationsbericht berechtigt trotz des geringen Rückgangs der Mitgliedszahl zu guten Hoffnungen für die Zukunft der Partei. In der ganzen Welt gibt es kaum eine Organisation, die organisatorisch und presstechnisch so vollkommen ist wie die deutsche Sozialdemokratie. In jeder größeren Stadt sucht sie durch eine Zeitung mit eigener Druckerei Einfluß auf die Massen zu gewinnen; jeder Provinzial- und Kreisverband hat seinen Sekretär mit den erforderlichen Hilfskräften. Trotzdem bleibt noch viel Arbeit zu leisten, ehe unser Ziel erreicht ist. Hier müssen Männer und Frauen, wie es Genossin Buchs in ihrem Bericht über die Frauenbewegung forderte, in gemeinsamer Front zusammenstehen.

In diesem Geiste wird der Sieg einst unter sein, und in diesem Geiste muß auch der sächsische Parteikonflikt eine Erledigung erfahren. Gelingt das — und wir wollen es bestimmt hoffen — dann wird der Heidelberger Parteitag für immer ein Anknüpfungspunkt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bleiben.

Erster Tag.

Der erste Verhandlungstag wird unter zahlreicher Beteiligung um 9 1/2 Uhr vom Genossen Wels eröffnet. Wels berieht zunächst im Begrüßungstelegramm des Reichstagners Schwarz, Rot, Gold, das vom Parteitag mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird und gedenkt nachträglich des verstorbenen Genossen Stelling, der sich als Organisator der Kleinbauernbewegung ein großes Verdienst um die Partei erworben habe. Der Parteitag tritt dann in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung „Bericht des Parteivorstandes“ ein. Wels teilt hierzu mit, daß die Aussprache über den Sachienkonflikt mit diesem Punkte der Tagesordnung zu erledigt werden soll, daß ein Vertreter der sächsischen Organisation und ein Mitglied der sächsischen Landtagsfraktion das Wort in der Debatte erhalten wird. Die Redezeit wird für sie auf eine Stunde festgesetzt. Dann soll die Angelegenheit einer Kommission überwiesen werden. Der Parteitag billigt diesen Vorschlag einstimmig. Dann erhält das Wort der

Berichterstatter Johannes Stelling:

„Dant der Politik der Sozialdemokratie sind wir auf dem Wege der Befriedung Europas ein gutes Stück vorwärts gekommen. Der Garantiepost soll die Bahn ebnen für ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich. Das hierbei auch die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund in einer alle befriedigenden Weise gelöst wird, ist auch unser Wunsch. Die Föderation des Weltfriedens ist die Voraussetzung dafür, daß wir auch wirtschaftlich wieder vorankommen. Die Wirtschaftskrise in Deutschland muß sich um so unheilvoller auswirken, als die herrschende kapitalistische Politik eng verbunden ist mit den Profitinteressen der Kapitalisten. Agrarier, Zollwächter- und Steuerpolitiker zeigen das nur zu deutlich. Die Konzentration des Großkapitals nimmt entsprechend der Prophezeiung Marx' immer mehr zu. Dabei zeigt sich auch, daß nicht diejenigen die wahren Klassenkämpfer sind, die das Wort ständig mit leuchtender Schrift in ihrem Schilde führen.“

Der ist der beste Klassenkämpfer.

Der ist entscheidender Moment in dem Kampfe der Arbeiterklasse seinen Mann steht. (Sehr wahr!) Unsere Taktik ist nur ein Fortschritt auf der Bahn, die wir seit Jahrzehnten verfolgt haben, die uns groß und stark gemacht hat und die uns den ewigen Sieg beschert. Darüber sollten sich auch unsere radikalen Genossen klar sein, daß wir nur vorwärts kommen, wenn wir die Dinge so ansetzen, wie sie sind. Daß das leider nicht immer der Fall ist, bezeugen einige dem Parteitag vorliegende Anträge. z. B. ein Antrag von Frankfurt am Main, nach dem in den Parteivorstand nur Genossen gewählt werden sollen, die noch Fühlung mit den Ar-

beiternassen haben und deren Vertreter heißen. (Hört, hört!) Warum müßt Ihr Frankfurt, die Ihr doch ganz liebe und gute Genossen seid, Euch auch auf diesem Parteitag wieder blamieren. Auf dem vorigen Parteitag geschah dies mit Euerem Antrag auf Ausschluß des Genossen Ebert. Ich hatte gehofft, daß die Abweisung, die Ihr damals bekommt habt, helfen würde und daß in Zukunft nur noch vernünftige Anträge aus Frankfurt kommen würden, die von dem nötigen Verantwortungsgefühl zeugen. Leider habe ich mich getäuscht. Der Antrag geht von einer ganz falschen Voraussetzung aus. Er will die Grundlagen für einen neuen Aufstieg der Partei. Aber ist denn die Partei im Abbau und Abstieg begriffen? (Sehr gut!) Man wird auf den Mitgliederrückgang hinweisen. Aber Parteigenossen, die in der Bewegung stehen, müssen doch wissen, daß wir in einer Periode der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit standen, daß die Inflation noch nachwirkt, daß die Genossen durch die Wahlen stark in Anspruch genommen waren. Bei den drei großen Wahlen des Jahres steigerten wir unsere Stimmenzahl von 20 auf 26 und auf 29 Prozent. Wäre es nicht besser, die Frankfurter hätten offen und ehrlich gesagt, daß ihnen

die ganze Richtung nicht paßt?

Vielleicht hätten sie auch hinzufügen können, was man anderswo gelegentlich lebenswürdig bemerkte, die alten Herren im Parteivorstand sind verlastet. (Heiterkeit.)

Es ist Zeit, daß der Teil der Frankfurter Arbeiterschaft, der die Organisation in zäher Kleinarbeit aufbaut, die „Partei-rekter“ auf den rechten Weg zurückführt. Der rechte Weg ist echte Kameradschaftlichkeit und volles Verantwortungsgefühl. Daran hat es auch sonst manchmal gefehlt. Ich denke an den Magdeburger Prozeß und was damit zusammenhängt. Unser Freund Ebert würde heute wieder unter uns weilen, wenn nicht diese Wölfe durch ihre schmähliche und schmutzige Kampfweise seine Gesundheit untergraben hätten. Auch die Warmtheke war ein Kampfmittel bei der Reichspräsidentenwahl. Aber gewisse Parteigenossen haben manches liebe Mal vergessen, was eigentlich die Hecke beschützte. Für manchen Parteiredakteur schien das Material, das sich die Gegner unter Mißachtung alles dessen, was anfänglich ist, beschafft hatten, ein gesundes Freßien, um es gegen einzelne Parteigenossen auszuschlachten.

Hätte der Geist der Kameradschaftlichkeit auch alle sächsischen Genossen beherrscht, so hätte

der Sachienkonflikt

unmöglich die Formen annehmen können, die er heute hat. Der Verbandsbericht schildert ganz objektiv chronologisch Entstehung und Verlauf des Konflikts. Entsprungen ist der Streit aus der Frage unserer Beteiligung an Koalitionsverträgen. Ein Begrüßungsartikel eines sächsischen Parteiblatts fand, daß dieses Thema die Kernfrage des Parteitags sein müsse. Im Gegenteil: wir werden darüber sehr wenig zu reden haben, weil die Übergroße Mehrheit der Partei einig ist, daß wir die Koalitionsfrage praktisch von Fall zu Fall entscheiden und grundsätzlich das Zusammengehen mit den uns näherstehenden bürgerlichen Parteien zur Erreichung bestimmter politischer Ziele gestattet. Das haben uns die harten, nackten Tatsachen gelehrt, insbesondere Preußen. Hätten wir noch ein einiges und freies Deutsches Reich, wenn nicht Preußen und Sibirien — und früher Sibirien mit ihnen — von hoher Warte aus darüber gemacht hätten?

Ueber den Sachienkonflikt hat der Parteivorstand ganze Bündel Akten, die mehr Schriftstücke enthalten als der neue Sozialist Postkasten. (Heiterkeit.) Man macht dem Parteivorstand zum Vorwurf, daß er mit rauher Hand in die Entwicklung des Sachienkonflikts eingegriffen habe, als damals der militärische Einmarsch in Sachien erfolgte. Aber der Parteivorstand mußte damals verhindern, daß auch noch Sachien völlig in die Hände der Reaktion fiel. Dann mußte der Parteivorstand in Sachien die Politik führen, die entsprechend dem Beschluß des Reichsparteitags von Berlin von den Genossen der Fraktionsmehrheit betrieben wurde. Diese Genossen haben sich in ihrer großen Linie

gebunden gefühlt

und fühlen können durch den Parteivorstand. Wenn der Parteivorstand sich damals hinter die 23 Genossen gestellt hat, so deshalb, weil auch er überzeugt war, daß das Unternehmen, das in den Dresdener Verhandlungen getroffen war, nicht in allen seinen Teilen durchzuführen war. Aber es trifft nicht zu, daß der Parteivorstand mit den 23 durch die und durch gegangen sei. Wir müssen es ablehnen und haben es abgelehnt, jede einzelne Handlung der 23 Genossen zu billigen. Unsere Vermittlungen gingen immer wieder auf eine Einigung in Sachien hinaus. Nachdem unsere Vorschläge abgelehnt waren, haben wir die Organisationsleistungen ersucht, uns Vorschläge zu machen; sie haben Vorschläge gemacht, die bei der damaligen Situation nicht durchführbar waren. Dann haben wir selbst den Vorschlag gemacht, daß durch eine arbitrarische Kommission unter völliger Ausschaltung des Parteivorstandes

ein außer-sächsisches Schiedsgericht

eingesetzt wurde, um endgültig den Streit zu schlichten. Die Fraktion mehrheit hat dem zugestimmt, die Fraktion minderheit hat den Vorschlag abgelehnt. Wir sind überzeugt, daß, wenn dieser Vorschlag angenommen worden wäre, wir uns heute mit dem Sachienkonflikt nicht mehr zu beschäftigen bräuteten. Weiterhin haben wir alles getan, um zunächst schnell zur Erledigung der Ausschlußanträge zu kommen. Als wir von einem Verzicht monatelang nicht die Akten erhielten, griffen wir ein und legten, die Entscheidung müsse jetzt einem Schiedsgericht übertragen werden. In zwei Fällen haben die Vertreter der Organisation es abgelehnt, sich an einem Schiedsgericht weiter zu beteiligen. Das widerspricht dem klaren Wortlaut des Organisationsstatuts und darf nicht Gewohnheit in der Partei werden. Wir gingen bei unserm Vorschlag, einen Vorkommenden zu bestimmen, davon aus, daß es sich bei allen Fällen ziemlich um die gleiche Sache handle. Die Vermörde, die gegen Genossen Zeit, der als Vorsitzender fungierte, erhoben worden sind, muß ich aufs entschiedenste zurückweisen. Er hat nach bestem Wissen und Gewissen und auf Grund des Organisationsstatuts gehandelt. Wir haben uns bei unserer Ausschlußpraxis auf das gestützt, was seit Jahrzehnten in der Partei üblich war und sich bewährt hat. Zuletzt haben wir, um die Sache zur Erledigung zu bringen, einmütig im Parteivorstand die Auffassung geteilt, daß der sächsische Landtag möglichst rasch zur Lösung gebracht werden müsse, um so den Sachienkonflikt langjam abzubauen. Vorbedingung dieses Vorschlags war allerdings die Erledigung der Ausschlußverfahren. Leider hat unser Vorschlag nicht die Billigung der sächsischen Fraktion mehrheit gefunden. Es ist bedauerlich, daß man sich bei den Verhandlungen auf beiden Seiten von vornherein festgelegt hat. Diese Praxis darf nicht übertragen werden auf die Kommissionsverhandlungen hier, sonst können wir nicht zu einer Lösung des Konflikts kommen. Wir müssen frei und ungebunden in die Kommission gehen, ohne Bindung durch vorherige Sonderkonferenzen.

Wie wird die Lösung zu suchen sein?

Die einen sind sehr schnell fertig mit dem Urteil: die 23 sind Disziplinbrecher und infolgedessen auszuschließen. So kann man aber einen tiefgreifenden Konflikt nicht lösen. Dadurch würde man das Feuer nicht löschen, sondern wieder aufflammern lassen. Wir müssen uns also auf den Boden des Antrags stellen, den der Parteivorstand in seiner Entscheidung vom 3. Juni angenommen hat: daß zunächst solange an Landtagsauflösung nicht gedacht werden kann, als ein gemeinsames Arbeitsinnenhalb der Fraktion nicht möglich ist. Dann aber, so rasch als möglich, Auflösung des Landtags und Klärung darüber, daß im gleichen Augenblick die Aus-

schließungen zurückgenommen und ohne Bindung der Organisationen die Aufstellung der Kandidaten unter Berücksichtigung aller Richtungen vorgenommen werden müssen. Es muß alles benachteiligt werden, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob es in diesem Kampfe Sieger oder Besiegte gäbe. Nur treuer, kameradschaftlicher Geist kann uns bei den Kommissionsberatungen über den Konflikt hinwegbringen.

Nun zu einer andern Frage: Man hat die Haltung des Parteivorstandes bei der

zweiten Präsidentenwahl

kritisiert. Es handelte sich dabei lediglich darum, der Republik zu dienen. Wir wollten mit unsrer Taktik beim zweiten Wahlgang verhindern, daß ein verlappter oder offener Monarchist, wie es jetzt der Fall ist, den Platz Friedrich Eberts einnimmt. Die Taktik war, das zu verhindern, was jetzt geschehen ist. Diese Taktik ist leider nicht überall befolgt worden. Einige Parteiblätter haben so getan, als ob es keine Präsidentenwahl gäbe. Das darf in der Folgezeit unter keinen Umständen mehr geschehen; die Parolen des Parteivorstandes müssen unbedingt befolgt werden. Gegen die Parole der Partei, für Marx einzutreten, ist auch Sturm gelaufen. So kommt

Nelson-Bund,

einer Sekte, die insbesondere in Göttingen ihren Sitz hat und unter der Jugend arbeitet. Dieser Nelson-Bund hat nicht begriffen, was Demokratie und Sozialismus ist; was er lehrt, ist das Gegenteil von Marxismus. Der Nelson-Bund hat den Versuch gemacht, eine Organisation innerhalb der Organisation aufzubauen und besonders in Göttingen eine Tätigkeit zu entfalten, die durchaus nicht im Interesse der Partei liegt. Wo der Nelson-Bund auftaucht, haben die Parteigenossen diesen entgegenzutreten und darauf hinzuwirken, daß nach dem Organisationsstatut eine Organisation dieser Art nicht gebildet werden kann.

Auf den katastrophalen Rückgang der kommunistischen Partei hat Wels bereits in seiner Eröffnungsrede hingewiesen. Die Kommunisten versuchen jetzt,

neue Rußland-Delegationen

zustande zu bringen. Die Parteigenossen müssen dringend gewarnt werden, sich daran zu beteiligen. Wir sind nicht dazu da, als Staffage für die Kommunisten zu dienen. Jeder Parteigenosse, der etwas auf sich hält, muß es weit von sich weisen, bei den Rußland-Delegationen ein verlappter Handlanger der Kommunisten zu werden, die den Sieg des „Reiters“ herbeigeführt haben, die in Preußen Braun und Seebing vorübergehend führten, überall sozialdemokratische Beamte abgebaut und die Gewerkschaftsorganisationen zu sprengen versucht haben. Vergessen wir nicht, daß nach dem Zeugnis eines bekannten Führers der Kommunisten „Lug und Trug, Verdrüsslichkeit und Verschwiegenheit, Schlaueit und List“ zu ihren vornehmsten Waffen gehören.

In der nächsten Zeit stehen wieder schwere Kämpfe bevor: in Preußen die Provinzial- und Kreiswahlwahlen, in Berlin die Stadtverordnetenwahlen, in Baden die Landtagswahl. Da müssen wir uns dem Widrigen setzen und arbeiten und wirken für die Ausbreitung unserer Ideen. Wir müssen uns stets dessen bewußt sein, daß unsere Arbeit der heiligen Sache des Sozialismus dient, der Befreiung der leidenden und unterjochten Menschheit. Darum den Mut voraus und die Stirn empor! (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht über Agitation, Organisation und Kasse erstattet

Friedrich Bartels:

Die Feststellung unsers Berichts, daß im vergangenen Jahre die Zahl unserer männlichen Mitglieder zurückgegangen ist, hat dem Gegner Anlaß zu häßlichen Bemerkungen und Freudenandrücken gegeben. Aber keine andre Partei legt so genau Rechenschaft ab über den Stand der Organisation, keine hat einen so festen Organisationskörper wie die Sozialdemokratie. Zwei Drittel unsrer Gesamteinnahmen beruhen auf den regelmäßigen Beiträgen unserer Mitglieder, während die bürgerlichen Parteien von den Unterhütungen wohlhabender Gönner abhängig sind und die Kommunisten von den Unterhütungen Kostlos leben. Deshalb ist es heuchelhaft, wenn unsere Gegner sich darüber aufregen, wenn wir einmal von einem wohlhabenden Parteifreund 20 000 Mark Wahlbeitrag erhalten. Solange die andere Parteien nicht nachweisen können, daß solche Zuweisungen bei ihnen eine ebenso untergeordnete Rolle spielen wie bei uns, können wir ihnen kein Recht auf Kritik zuerkennen. (Sehr wahr!)

Unsre Organisation feiert gegenwärtig Gedentage: Vor 50 Jahren gab sich die Partei auf dem GutsMuths Einigungskongreß ihr erstes Organisationsstatut und vor 20 Jahren in Jena wurde die in der Hauptsache heute noch bestehende Wahlkreis- und Bezirks- und Landesorganisation aufgegeben. Seit dieser Zeit ist die Partei unaußgesetzt gewachsen. Natürlich konnte der sprunghafte Mitgliederzuwachs nach der Revolution nicht von Dauer sein, insbesondere bei den schäblichen Wirtschaftsverhältnissen, die auch im letzten Jahre zum Rückgang beigetragen haben. Trotzdem haben Berlin, Breslau und der Niederrhein noch Fortschritte zu verzeichnen gehabt. Leider wird der

Mindefbeitrag

nicht mehr überall durchgeführt. Wir bitten Sie aber, alle Anträge auf Abänderung der Beiträge abzulehnen. Mit der Verlegung des Geschäftsjahrs auf das Kalenderjahr sind wir einverstanden. Die jungsozialistische Bewegung haben wir im Rahmen der Parteioptionen geschaffen. Nur in diesem Rahmen hat sie ein Lebensrecht. Unsere Agitationsleistungen bei den Reichstags- und Reichspräsidentenwahlen können sich sehen lassen. Auch die Frauen können sich nach Schöpfung der „Genossin“ nicht mehr über Mangel an Agitationsmaterial beklagen. Die Parteipresse ist zurzeit stark in Anspruch genommen durch die notwendige technische und bauliche Erneuerung, die seit dem Argege stark vernachlässigt worden war. Die jetzt langem eingeleitete Zentralisation des Einkaufs und gegenseitige Hilfeleistung ist durch Gründung der „Kongregation U. G. Sozialdemokratische Druckerei und Verlagsbetriebe“ zu handgekommen. Wir haben gegenwärtig

170 sozialdemokratische Tageszeitungen

einziglich der Apparatier, die in 108 eigenen Parteidruckereien hergestellt werden. Der Beitrag der Wirtschaftsbetriebe zur Parteikasse, deren Heberwägungen der Parteipresse wieder zugute kommen, hat uns über die schwerste Zeit hinweggeholfen. Auch jetzt kann die Partei diese Einnahmen nicht entbehren. Wir beantragen deshalb eine Abänderung im Organisationsstatut, daß nämlich der bisher freiwillige Beitrag der Wirtschaftsbetriebe zum Pflichtbeitrag gemacht wird. Wir beabsichtigen aber nicht, über die bisherige Höhe des Beitrags hinauszugehen. Den allen Wunsch des technischen Personals nach einer Pensionskasse hoffen wir demnächst zu verwirklichen. Der nächsten Geschäftsführerkonferenz wird bereits ein Entwurf vorgelegt werden; vielleicht kann die Kasse schon am 1. Januar ins Leben treten, natürlich mit einer bestimmten Pensionszeit. Jedenfalls wollen wir weiter daran arbeiten, daß unsre Parteibetriebe auch in sozialer Beziehung müßiggültig sind.

Zum Kassenbericht:

Die Gesamteinnahmen der Bezirksorganisationen betragen 6,6 Millionen Mark. Davon stammen allein 4,1 Millionen aus reinen Mitgliederbeiträgen. Das sind stattliche Zahlen, die die gesunde Kraft der Parteioptionen beweisen. Der prozentuale Anteil der Mitgliederbeiträge an den Gesamteinnahmen ist nach der Statistik ständig gewachsen. Im letzten Jahre hat der Parteivorstand mehr als 1/4 Million Mark Darlehen an die Parteipresse

gegeben und für das laufende Jahr werden diese Ausgaben noch weit höher sein. Die Wahlansagen betragen mehr als 24 Millionen Mark. Sie sind überwiegend aus eigener Kraft von den Parteimitgliedern aufgebracht worden. Das sind Beweise für die Opferwilligkeit unserer Anhänger, die alle mit freiem Mut in die Zukunft blicken. Wir dürfen in der Agitations- und Organisationsarbeit nicht erschlagen. Denn die Sozialdemokratie ist die stärkste Stütze der republikanischen Staatsform. (Lebhafte Beifall.)

Ueber die Bildungs- und Kulturarbeit der Partei berichtet

Heinrich Schulz:

Zur Bildungsarbeit liegt erfreulicherweise nur ein Antrag vor, der sich auf die Wanderkurse bezieht und der auch überflüssig ist, denn gerade auf diesem Gebiete hat der Bildungsausschuss sehr viel getan. Der Ring der Organisationen der Partei ist durch das, was die Arbeiter für ihre kulturelle Betätigung geschaffen haben, jetzt im großen und ganzen geschlossen, von der Fürsorge für das gefährdete Kind an bis zur Pflege des wissenschaftlichen Sozialismus. Nach der Inflation hat sich unsere Bildungs- und Kulturarbeit sehr bald erholt und ist weiter ausgedehnt worden. Die im Sommer gepflegten Ferienfahrten haben sich besonders bewährt. Geplant ist eine verbesserte Nachbearbeitung mit Hilfe des Buchkreises. In der heftigen Zeit haben auch Reich, Staat und Gemeinden mehr als früher die Pflicht übernommen, für die Volkshilfe zu sorgen. Die hierfür zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel müssen unsere Genossen voll in Anspruch nehmen. Unserer Bildungsarbeit folgte die

Jugendpflege,

der sich gerade Friedrich Ebert mit besonderer Liebe angenommen hatte. Die Hauptkappen der Jugendbewegung nach dem Kriege waren die Lagunen in Weimar, Wiesbaden und Nürnberg. Alle Erwartungen übertroffen hat der Hamburger Jugendtag. Aus unserer Arbeiterjugendbewegung ist dann die jungsozialistische Bewegung hervorgegangen, die nicht so allseitig befriedigt. (Sehr wahr!) Das erklärte sich aus der gärenden Zeit, in der unsere Jungsozialisten heranwachsen mußten. Aber sie wollen das Beste und wir wollen sie lehren, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden. Nach der Revolution haben sich auch die sozialistischen Lehrer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Auch ihre Zusammenarbeit mit den Organisationen hat nicht überall befriedigt. Nachdem aber inzwischen auch bei den Lehrern die Spreu, die die Novemberereignisse mit in die Partei hineingestreut hatten, sich verflüchtigt hat, wird dieses Verhältnis besser werden. Mit unserer

Kinderfreunde-Bewegung

wollen wir Sonne im Herzen der Arbeiterkinder schaffen. Genießt wollen wir die Kinder ergeben im Sinne der Arbeiterbewegung, aber nichts liegt uns ferner, als die Kinder zu kleinen Sozialisten heranzuzüchten. (Sehr wahr.) Darum lehnen wir das kommunistische Muster ab, den Kindern die Unbegreiflichkeit und Fremde am Leben zu rauben und politische Demonstrationen durch sie veranstalten zu lassen. Auch die sozialistischen Studenten haben sich jetzt erfreulicherweise zusammengeschlossen, und an verschiedenen Universitäten auch die alten, sozialistischen Akademiker, um ihnen zu helfen. Auf diesem Parteitag haben sich auch Genossen zusammengeschlossen, die die sozialistischen Hochschullehrer, die Kerze, die Verwaltungsbeamten usw. fester zusammenfassen möchten. So ist der Aufruf des Leipziger Kulturtags bald erfüllt, der einen großen sozialistischen Kulturbund forderte. In verschiedenen Bezirken und Städten sind bereits Kulturzentren errichtet. Erfreulich ist weiter die Unterstützung der sozialistischen Bildungsarbeit durch die freien Gewerkschaften. Dazu kommen die Arbeiterjungen, die Vereinigungen für Körperkultur und nicht als letzte die schöne Volksbildungsbewegung. So wächst als neue Tochter der großen allgemeinen Mutter Sozialismus neben der politischen und wirtschaftlichen die kulturelle Bewegung heran. (Lebhafte Beifall.)

Marie Judasz:

Im Gegensatz zur Organisation der Männer ist die Zahl der organisierten Frauen im letzten Jahre ein wenig gesunken. Aber in 14 Bezirken war das nicht der Fall, und so scheint mir die Organisation der Frauen zahlenmäßig noch nicht kräftig genug. Unser Ziel muß sein, daß die Frauen, die die gleichen Rechte haben wie die Männer, sich auch in gleichen Maße politisch betätigen. Selbstverständlich wollen wir keine besonderen Frauenorganisationen, wohl aber brauchen wir eine besondere Frauenbewegung und dazu die nötige Bewegungsfreiheit. Die Männer, die an höchster Stelle stehen, müssen diese Bewegungsfreiheit der Frauen unterstützen und dürfen sie nicht hemmen. Wir brauchen besondere Frauen-Versammlungen mit Themen, die die Frauen besonders angehen, um diejenigen zu erziehen, die in die allgemeinen politischen Versammlungen der Sozialdemokratie nicht kommen. Auch die Frauenabende der Partei brauchen nicht immer auf die organisierten Frauen beschränkt zu bleiben. Die Frauenfreundschaft und die Frauenwelt-Abende haben sich gut eingeführt. In der Arbeiterwohlfahrt haben viele Kräfte, die früher aus inneren oder äußeren Gründen kein Arbeitsfeld innerhalb der Partei gefunden haben, eine Betätigung befriedigender Art. Gerade die Frauen haben hier mit ungeheurer Lust und Liebe mitgearbeitet. (Lebhafte Beifall.)

Der Bericht der Kontrollkommission erregte Genosse Brühne: Ueber den Parteivorstand ging der Kontrollkommission nur eine einzige Beschwerde zu, die indessen wieder zurückgenommen wurde. Die Kontrollkommission hat alle Parteien und den Parteivorstand beobachtet und sich ein Bild von der großen Arbeit des Parteivorstandes gemacht. Wir beantragen einstimmig Entlastung des Parteivorstandes. (Bravo!) Die weiteren Verhandlungen werden voraussichtlich am nachmittags 2 1/2 Uhr beizugehen.

Nachmittagsagung.

In der Nachmittagsagung wird zunächst nach Verlesung eines Begrüßungsgrammes aus Schweden die Kommission zur Verhandlung des sächsischen Konflikts gewählt. Unter einem Vertreter des Parteivorstandes ist in die Kommission delegiert: Boh (Hamburg), Karan (Karlruhe), Sieving (Brandenburg), Stohms (Königsberg), Bertin (Niedersachsen), Vogel (Nürnberg), Linte (Dresden), Siebke (Berlin), Rosenfeld (Berlin), Jamsita (Potsdam), Kluppig (Potsdam), Steinmeyer (Erfurt) und Bugdahn (Hessen).

In der Diskussion über den Parteivorstand erhält zunächst als Vertreter der sächsischen Fraktion die Rede

Beithe (Dresden):

Wir hätten es lieber gesehen, wenn der Teil zuerst gehalten wäre, der in Art. 10 und 11 des Parteivertrages gegen die Fraktionsfreiheit erhoben hat, damit wir diese Vorwürfe zurückweisen können. (Sehr richtig!) Aber die 23 haben sich niemals so scharf gegen die Fraktionsfreiheit geäußert. Sie sind nicht der Auffassung gewesen, daß das, was sie getan haben, im Einklang mit dem Gesamtinteresse der Partei stand. Wir haben uns auf dem Parteitag geäußert, wo wir endlich einmal von der Partei das sagen konnten, was uns bisher in der Parteipresse und in Versammlungen verweigert worden ist. Die Kollegen, die in den letzten Wochen vor dem Parteitag in der Sache gegen uns erhoben worden sind, werden völlig einseitig. Seit gut einem Jahre sind wir

aus dem Vertrauensverhältnis ausgeschlossen.

Wir denken unsere Meinung auch nicht jagen, als wir noch Mitglieder waren. Obwohl ich Mitglied des Parteivorstandes war, wurde mir in einer Versammlung, wo auch der Generalsekretär des Reiches sprach, das Wort verweigert, weil gegen mich ein Antrag aus Anlaß der Disziplinarmassnahmen gestellt. (Hört, hört!) Und als ich den Vorständen anstand, daß das Wort zu verweigern, sagte er lapidar: "Rechtswidrig ist Rechtswidrig!" Seit zwei Jahren hat man uns auch bei Referaten in den Versammlungen ausgeschlossen. Selbst präparierte Verhandlungen werden uns verweigert. Rechtswidrig ist es, die Rechte eines vertretenen

gegangen. (Hört, hört!) Wir haben darauf verzichtet, das vor Gericht auszutragen, haben die Führe zurückgegeben und gewartet, bis wir uns hier vor dem Parteitag verteidigen konnten. Ich bin bereit, sieben solche präparierte Verhandlungen, die nicht aufgenommen worden sind, der Kommission vorzulegen. Wenn man das ganze Jahr ausgehoben war, als Lump und Verkäufer, als Mandatsjäger in der sächsischen Presse hingestellt wurde, so ist es kein Wunder, wenn nicht genügend informierte Redakteure der Parteipresse ebenfalls gegen uns Stellung nahmen.

Nun zur Sache selbst. Es handelt sich hier nicht um Mandate. Jeder der 23 hat sich damit abgefunden, daß wir als einfache Soldaten wieder in die Reihen der Partei zurückkehren. Wären wir Mandatsjäger, so hätten wir in jener Situation,

was der Hunger die Köpfe verrückt machte,

dieser Stimmung Rechnung getragen. Wir wußten, als wir gegen den Willen der Massen handelten, daß wir jill von der politischen Tribüne abtreten müssen; aber wir sagten uns, es gilt hier ein Prinzip zu vertreten. Der Kern des Streites ist die große Frage: Staatsbejahung oder Staatsverneinung! (Sehr richtig!) Wir Schöpfer der Republik wollen sie nicht in den Händen jener lassen, die sie benutzen, um sie zu zertrampeln. Auf der andern Seite wird gesagt: Jedes Partieren mit dem Bürgerum zwecks Erhaltung der Republik ist eine Todesünde im Klassenkampf der Sozialdemokratie und führt zur Versumpfung. Es hat schon im Reich angefangen die Koalitionspolitik Parteimassen gegeben, die diese Politik nicht verstanden, so ganz besonders in Sachsen. Hier hatte wir eine proletarische Mehrheit bereits vor dem Kriege. Ein Teil der vereinigten Partei war vor der Vereinigung gegen jede Koalition selbst mit Sozialdemokraten, und als man sich vereinigte, war diese Auffassung nicht tot und fand lebendigen Widerhall bei den Kommunisten und in der proletarischen Mehrheit. Da haben wir uns jill koalitiert, aber es zeigte sich in Sachsen bald, was wir jetzt alle wissen, daß die Kommunisten in das Parlament nur jagen, um den Parlamentarismus zu diskreditieren. Kurz vor dem Abschluß wirklich wertvoller Gehele wurden wir durch sie in Krisen verwickelt und mußten unsere wertvollsten Regierungen opfern. Männer wie Bud und Lipinski mußten ihren Abschied nehmen. Wertvolle Zeit wurde monatelang mit Preisen vergeudet. Endlich erkannten die Landesinstanzen, daß mit diesen Kommunisten praktische Arbeit nicht zu leisten war, sie empfahlen vorübergehend die Koalition mit den Demokraten, um die Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen. Jetzt geschah das Ungeheuerliche: Eine in jahrelanger Parteiarbeit geschulte

Parteilition wurde abgesetzt,

die Landtagsfraktion in ihrem ureigensten Element ausgeschaltet und die Diktatur einer Siebenerkommission aufgerufen. Hätte der Parteivorstand damals durchgegriffen — er hatte freilich damals im Reich alle Hände voll zu tun —, dann gäbe es heute keinen sächsischen Parteikonflikt. (Zuruf von sächsischer Seite: Demokratische Disziplin!) Reden Sie doch nicht von Disziplin! Wo war denn Demokratie und Disziplin, als man die Diktatur der Siebenerkommission aufrief? Da wurden heimliche Abmachungen mit den Kommunisten geschlossen, da wurden Hundertschaften gebildet usw. (Zuruf: Du warst ja dabei!) Gemiß, ich habe mich mit Widerstreben an die Spitze gestellt, weil meine ganze Tätigkeit seit Jahren darin bestand, eure Dummheiten abzubiegen. Die Gewerkschaften haben sich damals mit Händen und Füßen gegen die drohende Zerklüftung gestraut und über den Zustand, in den ihr die Partei gebracht habt, konnte der damals führende sächsische Kommunist Böttcher schreiben: „Die stolze Feste der Sozialdemokratie bietet heute ein Bild des Jammers und Erbarmens. Führer und Massen sind völlig durcheinander gemischt; das haben wir erreicht!“ Das Ende dieser Situation war das Ministerium Feigener. Ich spreche über den Mann nicht, er ist eben politisch tot. (Zuruf: Lange nicht so tot wie Du!) Aber wenn Sie einmal widerwärtigen parteiigenösslichen Schläm lesen wollen, lesen Sie den Kundigungsartikel des Zwickauer „Volkswort“ an Erich Feigener. (Beifall und Anrufe.) Die Regierung dieses manfelmütigen, entscheidungsunfähigen Pathologen

mußte zum Zusammenbruch führen.

Die Kommunisten stellten zwei Minister. Brandler sollte als Ministerialdirektor die Herrschaft über die Politik bekommen. Die Kommunisten ganz Deutschlands wurden nach Chemnitz zusammengerufen, um den Aufruf zum Bürgerkrieg zu vollziehen, und die russischen Antreiber waren mit ihren Photogrammen zur Stelle, um den historischen Moment der Auslösung des Generalstreiks für ganz Deutschland aufzunehmen. Es gelang nicht, aber die Reichsregierung fand dadurch einen billigen Vorwand, in das rote Sachsen einzumarschieren, und rein militärisch war es klar: Selbst wenn man ergriffen gegen Bayern hätte marschieren wollen, hätte man im Rücken den kommunistischen Feind nicht dulden dürfen. (Anrufe.) Es kam das berühmte Ultimatum der Reichsregierung auf Entfernung der kommunistischen Minister. Wenn damals die sächsische Parteilition etwas politischen Verstand gehabt hätte, hätte sie einlenken müssen, wie übrigens Feigener wollte. Aber Feigener, Liebmann und Arzt hatten nur die revolutionäre Gehele. Obwohl Sachsen nicht größer ist wie Berlin, legten sie einen Machtwort an den Tag, der in seiner Absicht erbarmungslos war. Sie sprachen das revolutionäre Nein — die Reichswehr marschierte und der Diktator Feigener kam. Zwar sollten Parteivorstand und Generalkommission die Partei zum Generalstreik geben, 200 Hunderttausende Arbeiter auf der Straße setzen und nicht zu essen lassen. (Gelächter.) So wollten es die Generalkommissionen Böcher und Schwemitz, und wer nicht mitmachte, war Verräter. Sie hätten Sie einmal in Sachsen die revolutionären Massen streifen lassen sollen! Die größten Schreier gingen überhaupt nicht aus den Betrieben, und noch nie ist ein Streik so jammervoll zusammengebrochen. Was wir in mühseliger Arbeit erreicht hatten, drohte zertrümmert zu werden. Wir brauchen uns jeden Preis

die Entfernung des Diktators

und eine regierungsfähige Regierung. So kam das Ministerium Feigener zustande mit Unterstützung der Demokraten und unter maßgebender Billigung der Deutschen Volkspartei. Aber wieder fanden die Leute mit dem revolutionären Plan kein anderes Ziel, als die neue Regierung zu zertrümmern. Sie stießen die Demokraten so lange vor den Kopf, insbesondere Liebmann, bis sie uns vor die Frage stellten: Auflösung des Landtags oder große Koalition? In jener Zeit waren unsere Zeitungen geschlossen, die Gewerkschaften jenseit, die Partei auf 50 Prozent zusammengeschrumpft. Verzweiflung trieb die Massen in das Lager der Demagogen. Da wollten wir nicht durch Neuwahlen das Land den sächsischen und deutschnationalen anheften. Wie richtig wir gesehen haben, beweisen die Gemeindevahlen. Vor den Neuwahlen hatten wir in 15 von 23 Bezirken die Mehrheit, danach in keinem. (Hört, hört!) Auf dem Berliner Parteitag wurde angeordnet, was man uns wegen Bildung der großen Koalition 2 Jahre lang an Schwärze und Schmach angetan hatte. Aber schon 8 Wochen später ging die Gehele, diesmal unter Führung Feigeners, wieder los. Vorstand hat der Stammenabbau, bei dem alle sächsischen Mitglieder vorgelassen sind, aber bei dem wir im ganzen Deutschen Reich bestehen können. Wir haben in Sachsen ein wahres Martyrium auszuhalten müssen. Allen Angehörigen unserer Fraktion wurde gefordert, zuerst mir selbst, der ich 12 Jahre als Parteisekretär allein in Sachsen tätig war. Von den führenden Männern wurden vor der Neuwahlendiskussion Persönliche gefordert, die die Beschlüsse der Parteivorstände als Unjill, als parteiunfähig hinstellten, und diese Beschlüsse wurden in der ganzen sächsischen Partei berichtigt. Feigener schrieb einen

Erzähl gegen die Wahl von Marx,

den die deutschnationalen und sächsischen ohne Kommentar in einem Jungstätt in Wilmkau von Gremplars in ganz Sachsen verbreiteten. (Hört, hört!) Dem Reichsminister wurde verboten,

politische Versammlungen abzuhalten. Als Marx in Dresden sprechen wollte und das Zentrum darum ersuchte, daß das Reichsbanner die Sache in die Hand nehme, lehnte die sächsische Parteilition das mit aller Entschiedenheit ab. (Zuruf: Verdrängung!) Das ist dokumentarisch zu belegen. Als in Plauen Grabnauer zur Verfassungsfesterei sprechen wollte, wurde erklärt: Dann jacobitieren die Versammlung. (Hört, hört!) und Feigener, das Ergebnis dieser glänzenden Führung war, daß im toten Sachsen Hindenburg über Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Zentrum mit 70 000 Stimmen siegen konnte. (Hört, hört!)

Es handelt sich nicht um einen Kampf gegen uns, sondern um einen Kampf gegen den Parteivorstand, einen Kampf gegen die offizielle Parteilition. Die „Leipziger Volkszeitung“, das „Zwickauer Volksblatt“ und das Chemnitzer Blatt haben in der Warmat

eigenen Parteivorstandsmitglieder

mit Schmutz bedorfen. Darum sind wir den Weisungen des Parteivorstandes nicht gefolgt? Wir achten die Gründe des Parteivorstandes, aber sein Entschieden brachte uns in eine Situation, die kein verantwortlicher Sozialdemokrat und Parlamentarier ertragen konnte. Nachdem wir die Koalitionspolitik eingegangen waren, mußte gegenseitiges Vertrauen herrschen. Aber der Antrag auf Auflösung des Landtags kam ganz plötzlich, ohne daß eine Möglichkeit vorhanden war, uns mit den Koalitionsparteien zu verständigen. Wir sollten plötzlich ohne Verständigung und ohne Grund für die Landtagsauflösung stimmen auf Geheiß des Parteivorstandes. Das hätte bedeutet, daß wir uns als Gangwürde hingestellt hätten, als Leute, die sich wie Schachfiguren dirigieren lassen. Der Parteivorstand hat wohl in diesem Falle die Wirkung seines Diskrets nicht klar genug übersehen. Wir sind seiner Weisung nicht gefolgt. Verurteilen Sie uns deshalb. Wir glauben aber auch da mit dem Interesse des Proletariats gedient zu haben.

Als Vertreter der sächsischen Parteioptionen spricht, von den sächsischen Genossen mit Handclatschen begrüßt,

Lipinski:

In dem Begrüßungsartikel des „Vorwärts“ wird der Sachsenstreit in einer Form behandelt, die ich für das Schmachstück halte, was der Partei passieren konnte. Es wird da gesprochen von politischen Krähwinkeln, die in Sachsen betrieben seien. Wenn Sie den Sachsenkonflikt verstehen wollen, müssen Sie das unter dem alten Regime geknechtete Sachsen und die unterdrückte Arbeiterklasse kennen, in der ein glühender Haß gegen die damaligen Nationalliberalen und Konservativen durch die Maßnahmen der Regierung hervorgerufen war. Noch acht Tage vor der Revolution hat das sächsische Ministerium am Vierklassenwahlrecht festgehalten. Es wurde ein defektes Ministerium unter Hinzuziehung einiger Demokraten und Sozialdemokraten ohne Parteiführer geschaffen. Dann kam die Revolution. Es ist falsch, daß die Unabhängige Partei sich damals gewieget habe, mit den Sozialdemokraten eine Koalition zu bilden. Denn die erste Regierung, die unter meinem Präsidium gebildet wurde, setzte sich aus drei Sozialdemokraten und drei Unabhängigen zusammen. Die erste Koalition wurde dann dadurch gesprengt, daß die drei sozialdemokratischen Minister nach einem willkürlichen Akt des Arbeiterrats, der in mein Ressort eingriff, aufstaut mich zu deden, mit den Mitgliedern des Arbeiterrats verhandeln. Nach den Wahlen von 1920, die unmittelbar nach der Sprengung des Parteitags in Halle stattfanden, haben wir uns bereit erklärt, eine

Regierung mit den Sozialdemokraten

zu bilden. Als dann gesagt wurde, das sei uns nicht Ernst, erklärten wir: Schön, wir sind die Minderheit. Aber wir wollen die Mehrheit der Minister übernehmen, damit man sieht, daß wir die Verantwortung nicht scheuen. Also die Frage der Staatsbejahung oder -verneinung schaltete bei diesem Streite ganz aus. Nach der Wahl vom November 1920 hatten die Sozialdemokraten und Unabhängigen 40, die Kommunisten 9 Mandate und die Bürgerlichen 47. Eine sozialdemokratische Regierung konnte nur zustande kommen, wenn die Kommunisten für den Ministerpräsidenten stimmten. Als diese Bedingungen stellten, erklärten wir, wir sind bereit, die Regierung zu bilden, aber auf bestimmte Bindungen auch gegenüber uns selbst nicht ein. Dann haben die Kommunisten für den Genossen Bud gestimmt, und so kam für länger als 2 Jahre das Kabinett Bud-Lipinski an die Regierung. Alle Maßnahmen, die wir durchzuführen, erfolgten mit Hilfe der Kommunisten, die zur Mehrheitbildung notwendig waren. Auch die sächsische Gemeindeordnung wäre verabschiedet worden, wenn die Kommunisten nicht geglaubt hätten, die Linke des Landtags durch eine Auflösung stärken zu können. Bei dieser Auflösung gingen die Bürgerlichen mit den Kommunisten Hand in Hand. Nach der Neuwahl die gleiche Situation: 49 gegen 47 Stimmen. Wieder haben wir die Bedingungen der Kommunisten abgelehnt, und wieder wurde Bud mit Hilfe der Kommunisten gewählt. Dann brachte plötzlich die kommunistische Partei einen Aufruf zu ihrem Leipziger Parteitag. Sie verlangte von mir das Verbot einer völkischen Versammlung, die ich ohne Grund im Interesse der Versammlungsfreiheit nicht verbieten konnte. Deshalb brachten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen mich ein, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmten. (Hört, hört!) So wurde das Kabinett Bud zum Austritt gezwungen.

In einem Lande mit 75 Prozent Proletariat

wäre es leicht, dem Proletariat die Mehrheit im Landtag zu sichern, wenn die Kampffront geschlossen bliebe. Wir haben tief bedauert, daß das nicht immer gelungen ist. Nach dem Sturz der Regierung Bud stand die Partei vor der Frage, ob nun mit den Demokraten regiert oder nochmals mit den Kommunisten verhandelt werden sollte. Die Arbeiter sahen damals in den Kommunisten vor allem die Arbeitskollegen. Heute liegt es ja mit der Beurteilung der Kommunisten anders (Lachen), auch in der Einstellung der Gesamtpartei. Die Bezirksvorstände entschieden sich im März 1923 für das Zusammengehen mit den Demokraten, aber nur mit knapper Mehrheit. Der Landesparteitag wünschte aber mit großer Mehrheit das Zusammengehen mit den Kommunisten. So wurde die Siebenerkommission eingesetzt, die in der Tat ein Fremdkörper in der Organisation der Partei ist. Sie wurde deshalb schon im Juli 1923 in einer kombinierten Sitzung von Fraktion und Bezirksvorständen nach Erteilung eines Vertrauensvotums abgehoben. Wie kam sie da im Oktober 1923 die Bildung der Feigener-Regierung mit den Kommunisten verabschiedet haben? (Hört, hört!) Diese einfache Gegenüberstellung zeigt, mit welcher Lässigkeit Bethge und die Propaganda der Fraktionsmehrheit ihr Material zusammenstellt haben. Aber gerade Bethge hat ja in der großen Dresdener Generalsammlung eine Vertrauensresolution für die Siebenerkommission eingebracht.

Die Verhandlungen mit den Kommunisten sind von den Unterhändlern geführt worden, die die Fraktion und die Bezirksvorstände gemeinsam ernannt hatten. Darunter waren Bethge und ich. Aber nachdem ich durchgesetzt hatte, daß die Kommunisten

Reichsverfassung schriftlich anerkennen

müssen, haben Bethge und Winkler die letzten Vereinbarungen über den Regierungseintritt der Kommunisten getroffen. Das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen war verfassungswidrig und gegen die Vereinbarung mit den sozialistischen Reichsministern. Deshalb ist die Sozialdemokratie ja auch aus der Reichsregierung ausgeschieden. Nach der Reichsregierung in Sachsen wurde das Kabinett Feigener gebildet und bald wieder aufgelöst. Es bestanden schon in jener Zeit mehrere Parteitagbeschlüsse, monach eine Koalition nur dann tragfähig sein konnte, wenn sie im Einverständnis mit der Partei beschloffen wurde. Nun war für den 6. Januar 1924 die Landesversammlung einberufen, um zur Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Aber am 4. Januar wurde die große Koalition beschloffen. Heute endlich hat der Parteivorstand durch Stellung dazu bekannt, die Antieitung

Wo Milch und Sahne fließt



Unsre erste Nahrung.

Unser aller erste Nahrung war die Milch. Wenn wir Glück hatten, die der Mutter, wenn wir schlecht daran waren, die eines Tieres. Aber Milch nützte es sein. Die Aufzucht junger Menschen ohne Milch läßt sich nicht denken. Aber nicht nur Kinder brauchen Milch, auch für Erwachsene ist sie nötig und sei es auch nur für Kranke und Erholungsbedürftige, auf jeden Fall ist das Bedürfnis nach Milch beim Menschen ein ganz erhebliches.

Bevor es Großstädte gab, mag die Milchbeschaffung kaum ein Problem gewesen sein. Tiere und Menschen lebten nahe beieinander und wo Tiere gezüchtet wurden, gab es ganz automatisch auch Milch. In den Großstädten aber leben keine milchspendenden Tiere und die so begehrte und nährhafte Flüssigkeit in die Stadt zubekommen, ist ein Problem, das um so schwieriger gelöst werden kann, je größer diese ist; denn die Milch hat neben ihren vielen guten Eigenschaften auch eine sehr schlechte: sie verdirbt sehr leicht. Weite Wege können ihr, der langen Zeit wegen, die zu ihrer Ueberwindung nötig ist, verhängnisvoll werden.

Auf dem Lande kann sich jeder seine Milch — auch dann, wenn er keine Kühe hat, selbst besorgen. Der Städter braucht dazu — wie überhaupt zu seiner Ernährung — einen Vermittler. Jemand muß sich mit dem Heranschaffen und dem Verteilen der Milch befassen. Es ist nicht gleichgültig, wer das macht; denn schlecht behandelte Milch kann vom Geschwindigkeitspendler zum Verderbenbringer werden. Nicht nur junge und alte Menschen gedeihen gut bei der Milch, auch Bakterien leben vorzüglich in ihr.

Neben einer größeren Anzahl von Milchhändlern, die einzeln oder mit kleiner Helferschaft in einem bestimmten Bezirk ihres Amtes walten, gibt es neuerdings in allen Großstädten Versorgungsgroßbetriebe — fälschlich „Molkereien“ genannt, trotzdem kein Mensch darin zum Melken kommt —, die gewaltige Milchmengen an sich ziehen, sie mit allerlei maschinellen Einrichtungen behandeln und dann mit einem großen Verteilungsapparat an die Verbraucher heranbringen.

Der größte Milchhändler.

Die Magdeburger Molkerei — ein genossenschaftliches Unternehmen der an der Milchlieferung interessierten umliegenden Landwirtschaft — bringt etwa zwei Drittel der in Magdeburg verlangten Milch in den Handel. Sie ist mit ihrem täglichen Absatz von durchschnittlich 30 000 Litern der größte Milchhändler. Die Kleinhändler verkaufen zusammen noch ungefähr 15 000 bis 17 000 Liter.

Weil wir neugierig waren, wie so eine Milchgroßhandlung von innen aussieht und was man doch eigentlich mit der Milch alles macht — Redaktionen sind immer neugierig, das ist fast schon ihr Beruf — gingen wir mal nach der Spielgartenstraße und ließen uns den Betrieb zeigen. Was sich dort die arme



Nur nicht drängeln.

Milch alles gefallen lassen muß — die der bessern Sachkenntnisse wegen mitgenommenen Hausfrauen waren, erbarmungslos wie Hausfrauen nun einmal sind, direkt begeistert.

Milch und Milch ist zweierlei.

Zuerst orientierte uns der Direktor Becker über das, was nicht gezeigt werden konnte, über die Herkunft der Milch. Gutsbetriebe der Umgebung bis zu 90 Kilometer von Magdeburg entfernt (im allgemeinen jedoch nur 50 Kilometer und weniger) haben sich zur Lieferung eines bestimmten Tagesquantums verpflichtet. Sie garantieren für einen Mindestgrad von Güte der Milch und sichern die Erfüllung hygienischer Forderungen in bezug auf Sauberkeit und Gesundheit der Melktiere und ihres Pflegepersonals zu und unterwerfen sich freiwillig einer ständigen strengen Kontrolle. Außerdem ist Bedingung, daß alle

Milch sofort nach dem Melken auf 10 bis 11 Grad (kühles Brunnenwasser) gekühlt wird.

„Einen Beamten haben wir dauernd unterwegs; denn hier können wir Milch nicht besser machen, als wir sie bekommen, es muß deshalb unsere ständige Sorge sein, sie so gut wie nur irgend möglich zu machen dort, wo sie erzeugt wird. Alles, was wir hier tun können, ist, die Milch möglichst in der gleichen Güte, wie sie vom Tiere kommt, an den Verbraucher heranzubringen. Wie wir das erreichen, wollen wir nachher sehen. Die Verbesserung beim Produzenten gelingt uns erstens durch die dauernde immer unerwartet erscheinende Kontrolle, zweitens aber auch durch Prämienzahlung an die Stallbesitzer für sehr saubere Milch.“

„Meine runde Stüchchen Filtrierpapier zeigten verschiedene Grade der Sauberkeit. Es gibt Noten von Eins bis Vier. Gut ist Eins, passabel auch noch Zwei, manchmal gibt es aber auch „Güte“ Vier. Ein graugesähtes Mäntchen läßt erkennen, daß in einem halben Liter weißer Milch allerlei dunkler Kram enthalten sein



Ausverkauf.

lann. Von jeder Milchlieferung werden Stichproben gemacht. Stellt sich Unsauberkeit heraus, setzt sofort die Kontrolle mit entsprechender Vertagung und Besetzung des Personals ein.

„Wir haben es jetzt wieder auf den durchschnittlichen Sauberheitsgrad von 1,5 gebracht“ erklärte der Leiter. „Während des Krieges und in der spätern Zeit der Knappheit war die Zahl erheblich höher. Durch die ständige Erziehungsarbeit ist es selbst im heißen Sommer dieses Jahres möglich gewesen, völlig einwandfreie Milch heranzubekommen.“

Der Kampf mit dem Bazillus.

Dann traten wir unsre Wanderung an. In einem kleinen Laboratorium werden Milchproben auf Fettgehalt und Trodensubstanz analysiert. Der Lieferant wird nicht nur nach Menge, sondern auch nach Güte der Milch bezahlt. Fette Milch steht höher im Preise. Dadurch wird erreicht, daß auch beim Produzenten ein Unterschied gemacht wird zwischen Milch und Milch. Verwässerung der Milch läßt sich verhältnismäßig leicht feststellen durch das Messen der fettfreien Trodensubstanz. Ist der Prozentatz derselben geringer als acht, so läßt das auf „getaufte“ Milch schließen. Nach der Prüfung des Säuregehalts (auch die frisch gemolkene Milch enthält einen bestimmten Säuregrad) wird die Milch in große Bottiche geschüttet und wandert von dort aus in die Schleudern. In Trommeln, die sich pro Minute dreitausend Mal herumdrehen, wird sie von den vorhandenen Schmutzteilen befreit. Der feine Schmutz ist ausnahmslos schwerer als die Milch. Durch seine Schwere sinkt er in malerischer Trägheit in der verhältnismäßig dicken Flüssigkeit. Bei der starken Rotation entwickeln sich aber so große Schleuderkräfte, daß dem Schmutz keine Kleinheit nichts mehr nützt, unbarbarisch wird es an die Außenwand der Trommel gepreßt und kann dort als feine Schlammflocke entfernt werden.

Nach der mechanischen Reinigung beginnt der Kampf mit den Bazillen. Völlig keimfreie Milch ist aus dem Stalle kaum zu bekommen. Das Ziel des Milchlieferanten muß aber sein, dem Konsumenten trinkfertige Milch zu liefern. Das wird erreicht durch die „schöne Heißhaltung“ zu deutsch „Pasteurisierung“. Bei einer Erhitzung von über 70 Grad verändert sich das Eiweiß, der Milch und wird für den menschlichen Körper schwerer verdaulich. Die Milch wird also dadurch minderwertiger. Erwärmt man sie aber nur bis zu 64 Grad und läßt sie eine halbe Stunde lang auf dieser Temperatur, so kann sie praktisch von allen lebenden Bakterien befreit werden, ohne den Charakter der Frischmilch zu verlieren. In einem großen emaillierten Bottich wird diese Prozedur vorgenommen. Ein Thermometer mit Schreibzettel führt genau Kontrolle über die Temperatur. Nach der Erhitzung wandert die Milch sofort über große breite Wellbleche und wird in ganz kurzer Zeit auf eine nahe dem Gefrierpunkt (+ 1 bis 2 Grad) liegende Temperatur gebracht. In großen gegen Wärme isolierten Kästen kommt sie nun endlich einmal zur Ruhe. Allerdings nicht lange.

„Kühl bis ins Innerste“ sei Lösung.

Denn schon sind die mit wunderbarer Gründlichkeit in sehr feinreich konstruierten Maschinen innen und außen gewaschenen,

gebürsteten und gespülten Flaschen in ihren Kästen an einen großen Tisch gebracht, über dem ein Abflusssystem hängt, das ebenso viele Mündungen hat wie der Kästen Flaschen. Ein kurzer Ruck, die Flaschen kommen mit den Abflusssystemen zusammen. Die durch Sauberkeit sind sie plötzlich voll und schon fällt ein Mann über sie her. Klapp Klapp, Klapp hat jede ihren Pappverschluss, und ehe du dich recht besinnst, sind schon wieder zwei neue Flaschenbatterien gefüllt.

Diese nun in die bekannten gelben Wagen zur Verteilung in die einzelnen Stadtgebiete wandernde Milch ist vollkommen gebrauchsfertig. Wird sie nur einigermaßen kühl gehalten, dann braucht sie nicht mehr gekocht zu werden. Alle Milch, die aus der Molkerei kommt, ist pasteurisiert worden. Der Unterschied zwischen Flaschenmilch und der ausgemessenen besteht nur in der Güte der Lieferanten. Für die Flaschenmilch wird die beste Qualität verwendet.

„Biestsch wird die Milch in den Haushaltungen unklug behandelt.“ belehrt uns unser Führer. „Die Hausfrauen wissen oft noch nicht, daß man sich zum obersten Geschick die Kühlhaltung der Milch machen muß, die stets nur unmittelbar vor dem Gebrauch angewärmt werden darf, und zwar nur gerade die Menge, die man verbrauchen will. Die beste Bruttotemperatur für die Bakterien ist die laue Wärme (28 bis 30 Grad). Auch das Kochen nützt nicht viel, wenn man die gekochte Milch allmählich, „von selbst“, abkühlen läßt. Denn gerade lauwarm bleibt sie nach dem Kochen lange und Bakterien vermehren sich sehr schnell. Wenn man die pasteurisierte Milch kühl aufbewahrt und sie für den Gebrauch erwärmt, hat man eine verdaulichere und keimfreie Milch, als wenn man sie köcht und stundenlang „warm“ hält.“

Allerlei und noch etwas.

Es wäre noch mancherlei zu berichten über die Sauberung unserer Betriebe, die geringste Unsauberkeit bedeutet große Verluste, wurde uns versichert, über die Werkstätten, in denen Klempner, Böttcher und Schlosser arbeiten, über die Foghurtbereitung (jene besondere Art dicker Milch, auf die man die vielen Hundertjährigen in Bulgarien zurückführt) und über die Seele des Molkereibetriebs — die großen Kältemaschinen. Aber es passiert noch sonst allerlei in der Welt neben der Molkereibehaltung, darum muß man wohl oder übel noch etwas Platz für die andern in der Zeitung übrig lassen. Es seien deshalb nur noch einige Tatsachen erwähnt.

Der Nährwert von einem Liter Vollmilch ist gleichbedeutend mit dem Nährwert von (zusammen) 4 Eiern, 1 Pfund Rindfleisch und 1 Pfund frischem Gemüse.

In der Molkerei werden täglich 25 000 Flaschen mit Milch gefüllt. Davon 10 000 1/2-Liter-Flaschen für die Schulfinder. Täglich gehen rund 500 Milchflaschen in Magdeburg kaputt. — 4000 Kühe müssen täglich gemolken werden, um Magdeburg mit Milch zu versorgen, und täglich werden über 500 Liter — Sahne konsumiert. 230 Personen sind in der Molkerei mit der



Trepp auf, treppab.

Beschaffung und der Verteilung der Milch beschäftigt, und die relativ schwerste Arbeit darunter haben sicher jene kleinen Mädchen, die von morgens 6 Uhr an bis in den Nachmittag mit schweren Flaschenkästen in den Händen treppauf und treppab springen, den Hausfrauen die Milch direkt vor die Tür bringen und zum Danke dafür sicher manches Mal noch angeekelt werden. Aber auch noch anderer wird sich rechtlich plagen müssen, denn 30 000 Liter müssen täglich an die Maschinen herangeschleppt und von den Maschinen wieder fortgeschafft werden; das sind 600 Zentner Milch ohne Kannen und ohne Glas.

Der brave Gaul vorn gelben Wagen, der schon seit Jahren alle seine Salte plätze kennt, am Morgen ein Stück Wege wohl ein bißchen schwer jodeln muß, aber dann immer gemühtlich wieder eine Weile stehenbleiben und vor sich hin „philosophieren“ darf, hat es sicher am schönsten. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. September 1925.

Das neue Reichsschulgesetz.

Das Zentrum hat den reaktionären Parteien getreue Helferdienste geleistet bei dem Einbringen der Zoll- und Steuergeetze. Für jeden Sozialempfindenden blieb es ein Rätsel, wie das Zentrum sich so ins Schlepptau nehmen lassen konnte. Heute wissen wir, daß das Zentrum nur aus Geschäftsrücksichten so gehandelt hat. Es hat seinen Lohn ausgezahlt bekommen: die Reichsregierung hat einen Entwurf zu einem Reichsschulgesetz hergestellt, der in diesen Tagen veröffentlicht worden ist. Die Veröffentlichung des Entwurfs ist gegen den Willen der Reichsregierung geschehen, die zuerst versucht hatte, ihn abzuleugnen, inzwischen aber in höchster Eile die Landesvertreter zu seiner

Beratung zusammengerufen hat. Nun, wer als Laie den Entwurf mit seiner ellenlangen Begründung gelesen hat, wird trotzdem die ganze Sache auf eine sehr kurze Formel bringen können, nämlich die Aufrichtung der Kirchenchule in Deutschland. Aufrichtung einer Schule, wie sie seit mehreren hundert Jahren in Deutschland nicht mehr genannt worden ist. Im Mittelalter wurde alles, was an den Schulen gelehrt und an ihnen verwendet wurde, von der Kirche bestimmt. Der kirchliche Unterricht nahm den breitesten Raum ein, auch alle übrigen Fächer, wie Geschichte und Deutsch, beschäftigten sich ausschließlich nur mit kirchlichen Stoffen.

Das neue Reichsschulgesetz, das nach dem vorliegenden Entwurf sicher genau so Gesetz wird, wie die Zoll- und Steuerordnungen, und das ja schon unter Mitwirkung von deutschnationalen und Zentrums-Schulleuten entstanden ist, führt diese Form der

alten Kirchenchule wieder ein. Das hat ja Bayern bereits durch sein Konkordat (Abmachungen zwischen dem Staate Bayern und der römischen und evangelischen Kirche) getan. Wir haben gar kein Reichskonkordat mehr nötig, das kommende Reichsschulgesetz erzieht es voll und ganz. Denn es sagt in seinem § 5 von der Bekennerschule: „Die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekennerschulen muß getragen sein von dem Geiste des Bekenntnisses.“ Das heißt also, daß in allen Fächern der Schule (Geschichte, Deutsch, Gesang, Natur usw.) nichts gelehrt wird, was den übernatürlichen Wahrheiten widerspricht, welche die Kirche lehrt. Ja die Kirche verlangt sogar, daß der Gläubige „alle von der Kirchenlehre abweichenden Resultate der Geschichtswissenschaft für Irrtümer zu halten hat.“ Also müssen unsre Vorfahren weiter wie bisher als Barbaren und Heiden mit niedrigstehender Kultur und Religion geachtet werden, da-

Kleine Chronik.

Drachseilattentat auf der Berliner Heerstraße. Ein verbredlicher Anschlag auf Automobile wurde am Montag abend auf der Döberitzer Heerstraße verübt.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag vor dem Grundstück Ostfahndorfer 2 in Berlin.

Automobilunfall im Mandbergelände. Ein schwarzer Automobilunfall ereignete sich im Mandbergelände bei Rudolstadt.

Mit dem Flugzeug abgeführt und verbraucht. Der zweite Flugtag des internationalen Flugwettbewerbs in München wurde infolge eines Todesfalles um 6 Uhr nachmittags vorzeitig abgebrochen.

Typhusepidemie in einer Heilanstalt. In der Heil- und Pflegeanstalt Regensburg ist eine Typhusepidemie ausgebrochen, die bisher vier Todesfälle gefordert hat.

Eine 1400 Jahre alte Stadt. Zu den vielen Jahrhunderte- und Jahrtausendfeiern dieses Jahres gesellt sich in diesen Tagen eine weitere.

Drei Opfer einer Kohlenoxydgasvergiftung. In dem Breslau benachbarten Dorfe Hundsfeld sind am Freitag morgen drei Monteure einer sächsischen Firma, die bei der Montage von Gasmotoren in der Gärtnerei Irbau beschäftigt waren, als Opfer einer nächtlichen Kohlenoxydgasvergiftung aufgefunden worden.

Den Niagara durchschwommen. Wie Berichte aus Toronto melden, gelang es dem amerikanischen Schwimmer William Hill, dicht oberhalb der Fälle der Niagara zu durchschwimmen.

Ein furchtbares Automobilunglück ereignete sich in der Nähe von Brüssel. Ein mit fünf Personen besetztes Automobil fuhr infolge Versagens der Steuerung gegen eine Mauer.

Vater und Sohn lebendig verbrannt. Auf dem Kirchhof des Ortes Capriano bei Brescia spielte sich eine furchtbare Tragödie ab. Ein Uhrmacher hatte sich mit seinem Sohn auf den Kirchhof begeben, um die Turmuhr zu reinigen.

Das Drama eines Heimkehrers. Der Landwirt Nikolaj Petrosow aus der Gemeinde Plize in der Slowakei war im Jahre 1914 in den Krieg gezogen. Drei Jahre später jagten Soldaten seiner Frau, von deren Name man nichts mehr gehört hatte, das dieser gefallen sei.

Neuer Flugrekord. Der französische Militärflieger Laeues stellte einen neuen Weltrekord über 1000 Kilometer auf. Er legte die ersten 500 Kilometer in 2 Stunden 16 Minuten zurück.

Angehörige Ueberschwemmungsflutstrophe in China. Aus Peking wird gemeldet, daß der Gelbe Fluß (Hoangho) in der Provinz Schantung aus den Ufern getreten ist und ein Gebiet von 100 Kilometer Breite unter Wasser gesetzt hat.

Die Töchter des Verführers. Bei Palermo ereignete sich eine romantische Entführungstragödie. In das Gebiet des Grundbesitzers Diorenzo brangen zehn mit Gewehren bewaffnete verurteilte Männer ein, holten die 16jährige Tochter heraus und schleppten sie fort.

Vereins-Kalender.

Bird nur gegen Vorauszahlung. Die Seite 30 Goldpferde, aufgenommen. Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Am Mittwoch den 16. September, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung bei Mithras, (Magerstraße 7).

Wasserstände.

Table with columns for location (Elbe, Müritzer See, etc.), date (14. 9.), and water level (Höhe, Fall, Rück). Includes locations like Hamburg, Dresden, and Berlin.

Wetterbericht.

Der Hochdruck ist nunmehr ganz auf den Kontinent getreten und hat sich nach Osten hin bis zum Schwarzem Meer ausgedehnt. Die letzten Festigkeiten, die bisher in seinen Bereich noch vorhanden waren, sind heute fast ganz nach anhaltender Regenfälle, sind kaum noch vorhanden.

Warenmärkte.

Magdeburger Zuckerbörsen vom 14. September. Der Preis für Weißzucker (auschl. Verbrauchssteuer und Sach) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentnern bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 21,75-22 Mark für gemahlene Melis. Tendenz ruhig.

Notierungen in Kolonialwaren. Gemäß der Verlehrsliste an der heutigen Börse in der Handelskammer zu Magdeburg wurden in Kolonialwaren und Landesprodukten folgende Preise für 50 Kilo bei Verträgen größerer Mengen im Verkehr zwischen Importeuren, Sechsellern und Großhandel ermittelt:

Table of commodity prices including Mühlenfabrikate (Wheat, Flour), Kaffee, roß (Coffee), Früchte (Fruit), and Getreide (Grain).

Berliner Produkten-Börse vom 14. September. An der Mittagsbörse wurden notiert ab Station (Preise in Goldmark) 4,20 = 1 Dollar Goldmark: Weizen, märzischer 213-218, mecklenburger - Sommergerste 208-241.

Telegraphische Auszahlungen. 12. September 14. September. Geld Brief Geld Brief. Amsterdam-Rotterdam 100 Gulden 168,67 169,09 168,71 169,13.

Jede Frau kaufe nur „Duplex“-Pulver, aber nichts anderes! Etwaenerregende Erfolge. - Ca 12000 freiwillige Waffenschreibern. - In Baden in allen Apotheken. Prospekt kostenfrei. Wenn nicht zu haben, bestellst du bei den Versandfirmen nach. - Heintz, Chemisch-Pharmazeutische Fabrik 106, Magdeburg, Berliner Straße 10/17.

Wesentlicher Rückgang des Fleischverbrauchs. Eine völlig genaue Statistik des Fleischverbrauchs in Preußen läßt sich leider nicht feststellen, da einwandfreie Zählungen nur dort vorgenommen werden konnten, wo Schlachthauszwang besteht.

Betriebsunfall oder Körperverletzung durch Schlägerer? Das Reichsversicherungsamt hat einen interessanten Fall zur Rechtsprechung gebracht. Es hat dabei zugrunde gelegt, daß die mit der Betriebsbeschäftigung verbundenen Umstände wesentlich dazu beigetragen haben müssen, den Versicherten in die Lage zu bringen, in der das schädigende Ereignis wirksam geworden ist.

Der Zeitungs-Katalog der Annoncen-Expedition Haasenstein u. Vogler ist wieder erschienen und liegt uns vor. Er ist die Fortsetzung der von der Haasenstein u. Vogler A.-G. vor dem Krieg alljährlich herausgegebenen Zeitungs-Verzeichnisse.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Alte Reustadt. Die Abteilung fährt am Sonnabend abend mit Sonderzug nach Bernburg. Die Abfahrt des Zuges wird noch bekanntgegeben. Der Fahrpreis beträgt 2,70 Mark.

Theater, Konzerte, Vorträge zc.

Naturwissenschaftlicher Verein. Lichtbildervortrag: Karl L. Die vorgeschichtliche Funde u. die Befestigung unserer Heimat in vorgeschichtl. Zeit. Donnerstag, 17. Sept., abends 8 Uhr, i. d. Aula der Kunstgewerbeschule.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

Baden. Am Sonnabend von 1/2 bis 1/2 Uhr. An alle. Zu den Vorträgen über Weltliteratur, die die Spielgruppe veranstaltet, ist jeder eingeladen. Referent ist der Genosse Henneberg.

Alte Reustadt. Heute Dienstag, 8 Uhr, Antrittsabend. Gruppe Fernerleben. Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Schule Vorleseabend. Alles pünktlich erscheinen.

Alte Reustadt. Heute Dienstag ältere Gruppe in der Edithschule. Am Donnerstag erzählt uns Ernst Held seine Revolutionserlebnisse. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Neue Reustadt. Donnerstag, 8 Uhr, Schule Umfassungstrage Zeitungsabend. - Biefert noch Arbeiten dazu ab.

Kaffiererbesprechung. Mittwoch, den 23. September, Frankheim, Zimmer 9. Jede Gruppe muß vertreten sein. - Die Augustbeiträge sind fällig, rechnet sofort ab.

Das neue Reichsherbergverzeichnis ist jetzt vorrätig. Die Biene, Ratsmageplatz 3/4, I (Post).

